

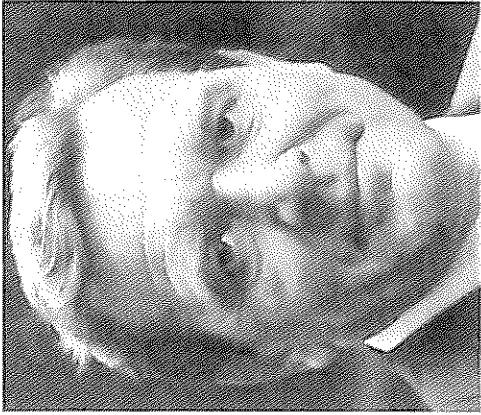
SPD 2001

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Bezirk Braunschweig

Bezirksparteitag Sonnabend 28.4.2001 in Braunschweig „Stadthalle“

Inhalt

Grußwort Gerhard Schröder	5
Grußwort Sigmar Gabriel	7
Grußwort Edelgard Bulmahn	9
Vorwort Gerhard Glogowski	11
Vorläufige Tagesordnung	15
Vorläufige Geschäftsordnung	16
Bezirksvorstand	18
Die politisch-organisatorische Tätigkeit	19
Finanzen	52
Einnahmen – Ausgaben 1999 - 2000	52
Mitgliederbewegung und Beitragsdurchschnitt 1999 - 2000	53
Bericht der Bundestags- und Landtagsabgeordneten	55
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen	62
– Betriebsgruppe Post	66
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen	69
Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten	72
Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen	78
Arbeitsgemeinschaft „60 plus“	81
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen	83
Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD	85
Bericht des Sportbeirates	87
Bericht des sicherheitspolitischen Ausschusses	90
Bericht des sozialpolitischen Ausschusses	97
Bericht des Arbeitskreises Migrantinnen und Migranten	98
Bericht des Großraumverbandes	101
Adressen und Anschriften	108



Grußwort

Liebe Genossinnen und Genossen,

zu Eurem Bezirksparteitag übermittelte ich Euch meine herzlichen Grüße.

Das letzte Jahr war ein erfolgreiches Jahr für Deutschland. Seit unserem Regierungsantritt 1998 hat die Konjunktur an Fahrt gewonnen und die Arbeitslosigkeit sinkt. Das wirtschaftliche Wachstum lag im Jahr 2000 bei 3,1 Prozent, und auch in 2001 können wir mit einem kräftigen Wachstum rechnen. Die Arbeitslosigkeit ist auf rund 3,8 Millionen gesunken, also um rund eine Millionen zurückgegangen, und ein weiterer Rückgang ist realistisch. Die Menschen in Deutschland schauen zu Recht mit großem Optimismus in die Zukunft.

Durch die Steuerreform, die wir im Sommer erfolgreich durch den Bundesrat gebracht haben, entstehen neue Arbeitsplätze. Weil Arbeitnehmer weniger Steuern zahlen, werden Kaufkraft und Konsum gestärkt. Und weil die Steuern vor allem für kleine und mittlere Betriebe sinken, werden Investitionen in Arbeitsplätze erleichtert. Rund 550.000 neue Jobs sind im Jahr 2000 durch unseren erfolgreichen Mix von Angebots- und Nachfragepolitik geschaffen worden.



Mit unserer vorausschauenden Reformpolitik verschließen wir uns nicht den Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Wir Sozialdemokraten schaffen in dieser Zeit des Wandels die notwendige Sicherheit, die die Menschen als Fundament für ihre eigene Lebensplanung brauchen. Für diese Politik brauchen wir die Unterstützung der gesamten Partei.

Eurem Bezirksparteitag wünsche ich einen guten Verlauf und Eurer weiteren Politik viel Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen

Euer

Gerhard Schröder

Grußwort

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

es ist mir eine besondere Freude, anlässlich des Bezirksparteitages der Braunschweiger SPD ein Grußwort an euch zu richten. Wir blicken zurück auf eine überaus erfolgreiche Phase der Landespolitik, in der es uns gelungen ist, entscheidende Weichenstellungen für die Zukunft dieser und folgender Generationen vorzunehmen.

Um nur einige Beispiele zu nennen: Unsere Europapolitik folgt dem Grundsatz, das Europa der Bürgerinnen und Bürger mit Leben zu erfüllen und den Regionen den ihnen gebührenden Platz zu sichern. Bei der Verwirklichung dieses Ziels ist es uns gelungen, die Stimme Niedersachsens in Brüssel noch deutlicher zu artikulieren und den berechtigten Interessen unseres Landes Gehör zu verschaffen. Denn über eines darf kein Zweifel bestehen: Der Wettbewerb der Regionen in Europa wird härter! Unser Land hat gute Chancen, seine Position nicht nur zu behaupten, sondern auszubauen.

Wichtigste Bedingung ist dabei, dass wir die Zukunftsfähigkeit Niedersachsens im Auge behalten. Zur Erreichung dieses Ziels habe ich mir und den Mitgliedern meines Kabinetts "knochenharte Maloche" verordnet. Über die Fortschritte, aber natürlich auch über die Schwierigkeiten, die aus dem Weg zu räumen sind, lasse ich mich regelmäßig informieren.

Was wäre die Zukunftsfähigkeit Niedersachsens ohne unsere Kinder? Sie haben ein Anrecht auf eine lebens- und liebenswerte Heimat. Das ist mehr als eine aktive Umweltpolitik. Menschen können sich nur dort wohl fühlen, wo sie alle Möglichkeiten der freien Entfaltung ausschöpfen, wo sie ohne soziale Ängste und ohne materielle Not leben können. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist eine gute Ausbildung. Deshalb steht für mich fest: Die Schule muss den rasanten Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft Rechnung tragen und die Schülerinnen und Schüler für das Berufsleben fit machen.

Das geht nicht ohne Reformen, an deren Umsetzung wir arbeiten - allen Widerständen der Opposition zum Trotz. Und das geht nicht ohne moderne Unterrichtsmittel. Daher wird das Land in den nächsten drei Jahren 75 Millionen Mark für das Aktionsprogramm "N-21: Schulen in Niedersachsen online" bereitstellen. Diese Summe soll durch das Einwerben von Sach-, Finanz- und anderen Hilfen aus der Wirtschaft verdoppelt werden. N-21 soll uns einem wichtigen Ziel näher bringen: Niedersachsen als Multimedia-Standort nach vorn zu bringen.

Wir sind jetzt schon gut. Arbeiten wir daran, dass wir noch besser werden!

Euer

Sigmar Gabriel


Sigmar Gabriel


Liebe Genossinnen und Genossen,
wir befinden uns am Beginn der heißen Wahlkampfphase im niedersächsischen Kommunalwahlkampf.
Die Wahlen werden vor Ort entschieden, aber neben den lokalen Aufgaben der Kommunalpolitik werden die Parteien und die Kandidatinnen und Kandidaten auch mit den Entscheidungen der Bundes- und Landespolitik konfrontiert. Die Erfolge unserer Bundes- und Landesregierung stärken uns jetzt den Rücken.

Im Bund haben wir nach 16 Jahren Kohlregierung mit innovativen Ideen und neuer Schwerpunktsetzung frischen Schwung in die Politik gebracht. Wir bieten den Menschen sichere Rahmenbedingungen für einen langfristigen Zeitraum. Die Arbeitslosigkeit ist - wenngleich immer noch zu hoch – deutlich gesenkt worden.

Der Forschungs- und Bildungserat wurde kräftig erhöht, nachdem ihn die CDU/FDP-Koalition in den Jahren zuvor stark zusammengestrichen hatte. Erstmals seit Jahren erhalten wieder mehr Studentinnen und Studenten BAföG. Bildung und Qualifikation sind in einem rohstoffarmen Land wie der Bundesrepublik das Kapital der Zukunft. In die Zukunft investieren wir auch mit unserer familienfreundlichen Politik, die sich z.B. in einem erhöhten Kindergeld ausdrückt. Außerdem haben wir es mit großer Anstrengung geschafft, die Rente sicher zu machen.



Die erfolgreiche Mittelstandspolitik der niedersächsischen Landesregierung ist mehrfach mit Preisen ausgezeichnet worden. Arbeitsplätze wurden geschaffen und gesichert. Für uns gilt weiterhin: Bei der Schaffung von Arbeitsplätzen spielt der Mittelstand auch in der Zukunft die zentrale Rolle. Die Landesregierung will durch ihre Internet-Initiative allen niedersächsischen Schulen den Zugang an das weltweite Datennetz ermöglichen. Diese grundlegende Investition in die Ausbildung der jungen Generation ist gut angelegt. Und wir haben mit Sigmar Gabriel einen Ministerpräsidenten, dem die Menschen zutrauen, dass er die Zukunft des Landes gestalten kann.

Ihr habt somit gute Argumente, die Wählerinnen und Wähler zu überzeugen, ihre Stimme unserer Partei und unseren Spitzenkandidatinnen und -kandidaten zu geben. Denn bei all unseren landes- und bundespolitischen Erfolgen gilt heute mehr denn je: Global denken, lokal handeln. Wir müssen dafür sorgen, daß unsere Städte, Landkreise und Gemeinden attraktiv bleiben: Attraktiv für die Wirtschaft, indem gute Investitionsbedingungen, z.B. für Existenzgründer, vor Ort geschaffen werden. Attraktiv und lebenswert aber vor allem für die Menschen in den Regionen.

In den kommenden Monaten ist es wichtig, dass wir alle Kräfte bündeln, um in den Städten und Gemeinden in Niedersachsen wieder die stärkste Kraft zu werden. Da im September vielerorts erstmalig hauptamtliche Kommunalpolitikerinnen und -politiker gewählt werden, müssen wir nicht nur einen Wahlkampf für die Partei, sondern auch einen Personenwahlkampf für die regionalen Spitzenkandidatinnen und -kandidaten führen. Der Landesverband wird Euch in enger Abstimmung mit dem Bezirk im Wahlkampf mit ganzer Kraft unterstützen.

Ich wünsche dem SPD-Bezirk Braunschweig einen erfolgreichen Verlauf des Parteitags und für die nächsten Wochen und Monate Schwung und Kraft für einen erfolgreichen Wahlkampf.

Mit herzlichen Grüßen

Edelgard Bulmahn

Vorwort

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Bundesregierung hat sich gefunden. Die sozialdemokratischen Schwerpunkte in der Bundesrepublik sind deutlich und werden erfolgreich präsentiert. Wichtige Reformkomplexe wie

- die Verringerung der Arbeitslosigkeit
- die Reform des Rentenwesens
- die Reform des Gesundheitswesens
- die Steuerreform

sind nur möglich und darum erfolgreich gewesen, weil eine geschlossene handelnde Sozialdemokratie diese mit gestaltet hat. Natürlich wird in den nächsten Wochen das eine oder andere weiter geregelt werden müssen, aber die erste Legislaturperiode von Gerhard Schröder ist positiv. Das kann schon heute festgestellt werden. Es wird nach meiner Auffassung in den nächsten Monaten ganz wichtig sein, daß wir deutlich machen, daß sozialdemokratische Politik mehr ist als Lösung der Tagesprobleme. In der Tradition der sozialdemokratischen Partei heißt es Politik gestalten entlang den Grundsätze unserer Partei. Das Ziel der sozialen Gerechtigkeit darf niemals aus dem Auge verloren werden. Jedem Menschen in unserem Lande muß entsprechend seinen Fähigkeiten eine Chance eröffnet werden. Dieses wird auch in Zukunft eine große Herausforderung für uns Sozialdemokraten sein.

Die Niedersächsische Landesregierung mit Sigmar Gabriel wird zu einem Schwerpunkt Ihrer Arbeit die Bildungspolitik machen. Das war in früheren Jahren bereits angelegt und ich denke, wird nun in ihren Konturen deutlicher. Die sozialdemokratischen Partei wird bei der Gestaltung entscheidend mitwirken und es wird unsere Aufgabe sein, dabei glaubwürdig die Bürgerinnen und Bürger in unseren Diskussionsprozeß einzubringen. D.h. sozialdemokratische Politik bedeutet in Zukunft mehr als bisher die Meinungen der Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen.

Die sozialdemokratische Partei muß sich entsprechend diesen Erfordernissen reformieren. Dies wird allerdings auch schon erforderlich durch die neuen Medien, die neuen Möglichkeiten der Kommunikation. Diese Situation erfordert es auch, sich im Bezirk Braunschweig verstärkt darauf einzustellen.

Der Bezirksvorstand hat sich aus diesem Grunde mit einem wesentlichen Teil seiner Arbeitskraft auf die Veränderungen der hauptamtlichen Strukturen im Bezirk Braunschweig eingestellt. All denen, die daran mitgewirkt haben, ein herzliches Dankeschön. Insbesondere den Verantwortlichen in den Unterbezirken, denen dabei viel abverlangt worden ist.

Zusammen mit dem Parteivorstand werden wir die permanente Ausbildung der in der sozialdemokratischen Partei Beschäftigten ermöglichen. Dieses ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die lebendige Partei weiterhin möglich ist. Ich möchte aber auch den von diesen Prozessen betroffenen Hauptamtlchen herzlich für ihr Verständnis danken. Noch immer ist es so, daß diejenigen, die hauptamtlich in der Partei arbeiten in der Regel sich für eine lebenslange Aufgabe entscheiden. Wir müssen diesen Sachverhalt bei allen Reformen der Organisation sehen.

Ein wesentliches Thema unseres Bezirks ist Regionalisierung. Der Zweckverband Braunschweig hat seine Position gefestigt. Er ist politisch heute umstritten und das ist gut so. Die vielen Gespräche zur Vorberatung der Konferenz des SPD-Bezirks Braunschweig zur Regionalisierung am 1. 12. 2000 haben deutlich gezeigt, daß die Weiterbildung des Zweckverbandes richtig gewesen ist. Auch die Stärkung der Region, die unbestritten an erster Stelle steht, geht nur, wenn dem Verband mehr Aufgaben zugeordnet werden.

Regionale Organisationen, wie RESON, die Braunschweiger Landschaft, die regionalen Stiftungen usw. zeigen, daß viele Menschen ihre Arbeitskraft in die Fortentwicklung unserer Region stellen. Tatsächliche regionale Entwicklung wird es aber nur im Zusammenwirken mit dem Zweckverband Braunschweig geben. Wir haben in den vergangenen Jahren diese Diskussion immer wieder geführt, jetzt wird sie von den Medien, von vielen in der Wirtschaft, natürlich von den Gewerkschaften, die immer schon dabei waren und anderen aufgegriffen. Es ist daher besonders wichtig, daß wir Sozialdemokraten sehr deutlich machen, daß diese Regionaldiskussion zum großen Teil auch unser Werk ist. Wir sind die Partei der Braunschweiger Region.

Wir alle wissen, die Zukunft unserer Region wird noch mehr Konkurrenz von Regionen wie Hannover, Magdeburg, aber auch dem Stuttgarter Raum und Regionen anderer Länder sehen. Eine gute Entwicklung wird es nur geben, wenn die Fähigkeiten in wichtigen, die Region betreffenden Fragen, miteinander zusammenzuarbeiten, gestärkt wird, weil sonst wesentliche Infrastruktursentscheidungen an uns vorbeigehen oder aber Chancen in dem sich einigenden Europa für die Braunschweiger Region zu nutzen, entschwinden, denn die Gemeinden und Städte allein, oder die Landkreise, ja eine noch so starke Stadt wie Braunschweig, Salzgitter oder Wolfsburg, ein hervorragend geführter Landkreis werden die regionalen Problemlösungen allein nicht schaffen. Hier gilt es, einen Schwerpunkt der Arbeit zu setzen. Für mich ist diese Arbeit immer sehr wichtig gewesen. Die mir mehr zur Verfügung stehende Zeit habe ich also konsequent für die regionale Diskussion genutzt und will sie auch weiter nutzen.

Mein Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten hat natürlich auch den Bezirk Braunschweig stark betroffen, viele Funktionärinnen und Funktionäre, Bürgerinnen und Bürger, Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, aber auch in ganz besonderer Weise, meine Frau, mich und meine Familie.

Für mich war es eine Frage der sozialdemokratischen Gesinnung, daß ich sofort die Verantwortung übernehme, unabhängig von dem, was an den Vorwürfen stimmt. Allein, daß sie möglich gewesen sind, war für mich Grund genug. Ich habe gelernt, daß man sich gegen falsche Behauptungen oder Verfälschungen nicht wehren kann. Wenn falsche Behauptungen unwidersprochen in der Öffentlichkeit wirken können, wenn man sich etwas allein fühlt in der politischen Welt muß man selber Konsequenzen ziehen.

Das Amt des Ministerpräsidenten habe ich erstreb't, gern ausgeführt. Für mich waren öffentliche Ämter nie alles, auf jeden Fall nichts, was meine Persönlichkeit verbiegen könnte, auch wenn ich weiß, daß wir in einer Zeit leben, die schnell ist, wo man geneigt ist, das in letzter Konsequenz doch zu glauben, was öffentlich gedruckt wird. Ohne tiefer darüber nachzudenken, das gilt jedenfalls für den schnellen Konsumenten, nicht für jeden.

Ich habe erleben müssen, daß derjenige, der schnell Konsequenzen zieht um Schaden von der Familie, dem Amt, der Partei abzuwenden, schneller zum Schuldigen wird, als derjenige der es aussitzt und am Amt klebt.

Heute weiß ich besser, was vielleicht tatsächlich damals geschehen ist. Dieses bleibt bei mir. Die Diskussion ist abgeschlossen. Jedenfalls von mir aus.

Herzlich bedanken möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Büros der Sozialdemokraten im Bezirk Braunschweig. Herzlich bedanken möchte ich mich bei all denen, die fleißig und einfühlsam für die sozialdemokratischen Dinge unterwegs sind. Persönlich bedanke ich mich bei allen, die mir in meiner schweren Zeit geholfen haben und die zur Sozialdemokratischen Partei gestanden sind.

Als Bezirksvorsitzender herzlichen Dank. Die Arbeit der vergangenen Jahre war erfolgreich, die der nächsten muß es werden, zuerst die Kommunalwahlen, die Bundestags- und dann die Landtagswahlen. Wir haben also in der Periode des zu wählenden Bezirksvorstandes drei wichtige Wahlen, die gestaltet werden müssen. Ich denke, wie in der Vergangenheit wird der Bezirk zusammenstehen und deutlich machen, daß wir es sind, die die Interessen der Menschen in dieser Region vertreten. Bei einem vernünftigen bundes- und landespolitischem Programm werden wir es schaffen.

Meine politische Arbeit wird sich nun wieder stärker in die Partei und in die Region verlagern. Ich empfinde dabei Freude und verbleibe mit solidarischen Grüßen



Vorläufige Tagesordnung des Bezirksparteitages am 28. April 2001, Braunschweig, Stadthalle

10.00 Uhr

Eröffnung und Begrüßung
Wahl der Versammlungsleitung
Annahme der Geschäfts- und Tagesordnung
Wahl der Mandatsprüfungskommission und des
Wahlausschusses

Bestätigung der Antragskommission

Rede:

Sigmar Gabriel

Ministerpräsident des Landes Niedersachsen

Aussprache

Berichte

- a. Bericht des Bezirksvorstandes
- b. Bericht der Revisoren
- c. Bericht der Mandatsprüfungskommission
- d. Aussprache
- e. Beschlußfassung über den Bericht der
Mandatsprüfungskommission und über den
Bericht der Revisoren

Mittagspause

Behandlung von Anträgen

Wahl des Bezirksvorstandes
und der Revisoren bzw. der Revisorinnen
Wahl der Schiedskommission
Wahl der Mitglieder des Parteirates
Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten
zu Bundesparteitagen
Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten
zu Landesparteitagen

weitere Behandlung von Anträgen

Schlußwort

Vorläufige Geschäftsordnung für den Bezirksparteitag am 28. April 2001, Braunschweig, Stadthalle

- eingereicht und von mindestens 50 stimmberechtigten Mitgliedern des Bezirksparteitages aus vier Unterbezirken unterschrieben worden sind und der Parteitag der Behandlung zustimmt. Sie sind nur zulässig, wenn sie auf einem Ereignis beruhen, das nach Schluß der Antragsfrist eingetreten ist. (Ende der Einreichungsfrist: 28. 4. 2001, 12.00 Uhr).
1. Der Bezirksparteitag beschließt die Tagesordnung und wählt
 - a. die Mandatsprüfungskommission, die aus 5 ordentlichen Delegierten besteht
 - b. einen Wahlausschuß, der aus 12 Delegierten/Gastdelegierten besteht und
 - c. eine Antragskommission, die Empfehlungen zu den eingegangenen Anträgen erarbeiten soll.
 2. Die Beschlüsse des Bezirksparteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. Stimmengleichheit bedeutet Ablehnung.
 3. Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt 5 Minuten. Zur gleichen Sache erhält der Redner höchstens zweimal das Wort. Referenten und Berichterstatter erhalten das Wort außer der Reihenfolge zur sachlichen Berichtigung.
 4. Wortmeldungen zur Aussprache sind schriftlich bei der Versammlungsleitung einzureichen. Die Diskussionsredner erhalten in der Reihenfolge ihrer Meldungen das Wort.
 5. Über Anträge zur Geschäftsordnung ist sofort zu beraten und zu entscheiden. Es darf nur je ein Redner dafür und dagegen sprechen.
 6. Anträge auf Schluß der Debatte können nur von Delegierten gestellt werden, die zu dem Punkt, für den der Schlußantrag gestellt ist, noch nicht gesprochen haben.
 7. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluß der Debatte zulässig.
 8. Die Berichterstatter der Antragskommission sprechen als erste zu den bearbeiteten Anträgen. Über Zusatz- oder Änderungsanträge muß zuerst beraten und entschieden werden, bevor über den Hauptantrag abgestimmt wird.
 9. Während des Bezirksparteitages gestellte Sachanträge werden nur behandelt, wenn sie schriftlich bei der Versammlungsleitung

10. Die Wahlen erfolgen nach der geltenden Wahlordnung der SPD.
11. Änderungen der Geschäftsordnung und der Tagessordnung während des Bezirksparteitages bedürfen der Zustimmung von mindestens $\frac{3}{4}$ der stimmberechtigten Mitglieder des Parteitages.

Bezirksvorstand

Die politische-organisationische Tätigkeit des Bezirksvorstandes und des Bezirksausschusses und der Geschäftsführung im Bezirk Braunschweig

Vorsitzender	Gerhard Glogowski
Stellvertreter/in	Ulrike Block-von Schwartz
Beisitzer/in	Matthias Wehrmeyer <i>118</i>
Geschäftsführer	
Revisoren	

116 Petra Emmerich-Kopatsch
106 Eva Folta-Schlaugat
160 Sigmar Gabriel
119 Renate Jürgens-Pieper
103 Helmut Knebel
119 Marion Lau
132 Leyla Onur
105 Muzaffer Perik
105 Bernhard Reuter
105 Bodo Seidenthal
Ute Stockmann
Ingolf Viereck
128 Rolf-Dieter Backhausen
104 *Wifry neuey*

Günter Ruppert
Wiltrud Schweingruber
Brigitte Schultze

Schiedskommission

Vorsitzender	Dr. Jürgen Bräcklein
Stellvertreter/in	Renate Jacobs Joachim Pedroß
Beisitzer/in	Hans-Ulrich Nitschke Reinhard Odenstein Karin Sieber-Persson

Der Berichtszeitraum umfaßt die Jahre 1999, 2000 und 2001 bis zum Bezirksparteitag.

Der Bezirksvorstand und der Bezirksausschuß haben eine Vielzahl von Sitzungen durchgeführt. Darüber hinaus fanden mehrere Konferenzen und eine große Zahl von Veranstaltungen im Berichtszeitraum statt. Neben den aktuellen Tagesfragen standen Beratungen über den Wechsel des Ministerpräsidenten in Niedersachsen im November und Dezember und die Vorbereitung der Europawahl auf der Tagesordnung. Im 2. Halbjahr 2000 wurde über die Vorbereitung der Kommunalwahl diskutiert.

Zahlreiche Gespräche seitens des Bezirksvorstandes, der Bezirksgeschäftsführung, der Arbeitsgemeinschaften haben die politische und organisatorische Arbeit begleitet. Die wichtigsten Diskussionspunkte und Veranstaltungen sollen in diesem Bericht dargestellt werden. Ergänzend dazu liegen die Berichte der Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise vor.

Zu Beginn jeder Bezirksvorstandssitzung erfolgen die politischen Berichte über die Bundes- und Landespolitik sowie über den Zweckverband Großraum Braunschweig

Freitag, 18. Juni 1999

In der konstituierenden Bezirksvorstandssitzung wurde beschlossen, wiederum ständige Gäste zu den Bezirksvorstandssitzungen einzuladen:

Dr. Peter Eckardt, Hubertus Heil, Wilhelm Schmidt, MdB, Dr. Carola Reimann, MdB (ab Februar 2000), Peter-Jürgen Schneider, Staatssekretär, Dr. Axel Saipa, Regierungspräsident, Peter Kopischke, Landesschatzmeister, Karl-Heinz Mühe, Sprecher der Braunschweiger Landtagsabgeordneten, Dr. Marianne Gilgowski-Horstkötter, Parteirat, Wolfgang Schneider, Fraktionsvorsitzender Zweckverband Großraum Braunschweig, Walter Hiller, Bezirksvorsitzender AW Braunschweig, Holger Fricke, AfA, Prof. Dr. Michael Hamann, AGS, Anegret Ihbe, AsF,

Romec Manns, Juso, Günter Engelhardt, 60 plus, Hans-Henning Schridde, Kassierer, Helga Brüdgam, Betriebsräatin

Aufgaben des Vorstandes

1. Verantwortlich für Finanzen: Matthias Wehrmeyer
2. Verbindung zum Parteirat:
Besonders beauftragt sind die Parteiratsmitglieder
Bezirksvorsitzender Gerhard Glogowski
Verbindung zur Bundespolitik:
Wilhelm Schmidt, Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion
3. Verbindung zum Landesvorstand:
Leyla Onur und Wilheim Schmidt
4. Sprecherein der Braunschweiger Bundestagsabgeordneten:
Leyla Onur und Wilheim Schmidt
5. Verbindung zum Landesvorstand:
Sprecher der Braunschweiger Landtagsabgeordneten:
Karl-Heinz Mühe
6. Schriftführung bei
Bezirksvorstands- und Bezirksausschuß-Sitzungen:
Ute Stockmann/Helmut Knebel
7. Vertretung bei der Arbeiterwohlfahrt:
Bezirksvorstand
Gerhard Glogowski/ Leyla Onur
Organisation und Werbung
Hans-Henning Schridde
8. Vertretung des Bezirksvorstandes in der Fraktion des
Zweckverbandes Großraum Braunschweig:
Heinz-Dieter Brandt
Annegret Ihbe
Muzaffer Perik
9. Gedenkstättenbeauftragte
Ute Stockmann
10. Datenschutzbeauftragter
Rolf-Dieter Backhausen

Betreuung der Arbeitsgemeinschaften / Ausschüsse / Kommissionen:

a. AfA
Betriebsgruppen, Gewerkschaften:
Leyla Onur

b. Jungsozialisten:
Muzaffer Perik

c. Frauenarbeit:
Ulrike Block-von Schwartz

d. Selbständige:
Rolf-Dieter Backhausen

e. Politische Bildung:
Hans-Henning Schridde

f. Jugend, Falken usw.:
Muzaffer Perik, Petra Emmerich-Kopatsch

g. AsJ:
Matthias Wehrmeyer

h. AfB:
Renate Jürgens-Pieper, Annegret Ihbe

i. ASG - z.Zt. nicht aktiv

j. AG 60 plus:
Leyla Onur

k Hochschulkommission:
Petra Emmerich-Kopatsch
Dr. Wolfgang Domröse

Bildung der Kommissionen und Ausschüsse des Bezirks
Arbeitskreis Region Braunschweig
Vors. Ulrike Block-von Schwartz
stellv. Wolfgang Schneider
Gesprächskreis SPD/Kirche

AK-Migrantinnen und Migranten
Muzaffer Perik / Leyla Onur

Sozialpolitischer Ausschuß
Dietmar Schlüter, Gifhorn

- Europathemen spielten für die Wahlentscheidung eine nachrangige Rolle. Deshalb ist nach Ansicht der Meinungsforscher das Konzept der Unionsparteien, ein innenpolitisches Plebisitz zu organisieren, aufgegangen.

Sicherheitspolitischer Ausschuß
Bodo Seidenthal

Sportbeirat
Marion Lau

Gleichstellungskommission:

Muzaffer Perik, Ingolf Viereck, Matthias Wehrmeyer

Die dem Bezirksvorstand überwiesenen Anträge wurden im Bezirksvorstand behandelt und beschlossen, diese bei der weiteren Arbeit zu berücksichtigen.

Samstag, 13. Juni 1999
Die Wahl zum Europäischen Parlament haben wir verloren. Für uns im Bezirk Braunschweig bedeutete dieses, daß wir auch keine Europaabgeordnete mehr haben.

- Die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen 1999 war die niedrigste, die bei bundesweiten Wahlen jemals zu verzeichnen war. Der Stimmengewinn bei der Bundestagswahl 1998 (+ 3.040.915) hatte eine ähnliche Dimension wie der Stimmverlust bei der Europawahl 1999 (- 3.083.555).

- Bedeutsam für die Wahlniederlage der SPD bei den Europawahlen war auch die überwiegend negative Bewertung der sozialdemokratischen Regierungspolitik, insbesondere bei z. B. 630-DM-Jobs, bei Steuern und Renten.

- Hohe Erwartungen, die durch den Bundestagswahlkampf und das Ergebnis geweckt wurden, konnten nicht schnell genug umgesetzt werden und haben zu Desillusionierungen geführt.

- Die aktuellen außenpolitischen Erfolge der Regierung und das hohe Ansehen des Bundeskanzlers haben bei der Europawahl nicht nennenswert eingezahlt.

Europawahl 13. Juni 1999

Parteanteile		Gesamt		Differenz zu 1994 in Prozentpunkten	Bundestagswahlergebnis 1998
		1994	1999		
CDU/CSU		38,8	48,7	9,9	35,1
SPD		32,2	30,7	-1,5	40,9
Bündnis '90/Die Grünen		10,1	6,4	-3,7	6,7
FDP		4,1	3,0	-1,1	6,2
PDS		4,7	5,8	1,1	5,1
Republikaner		3,9	1,7	-2,2	1,8
Sonstige		6,3	3,6	-2,7	

Freitag, 17. September 1999

Der Bezirksausschuß wurde konstituiert. Wilhelm Schmidt als Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion sprach über das Thema „Erblast abbauen - Zukunft sichern“

- Bei der Amtübernahme hat die SPD-geförderte Bundesregierung eine katastrophale Erblast vorgefundene. Die abgewählte Bundesregierung aus CDU, CSU und FDP hat
 - mit mehr als vier Millionen erwerbslosen Menschen die höchste Arbeitslosigkeit
 - die höchste Steuer- und Abgabenlast für Unternehmen und Arbeitnehmer sowie

- mit der astronomischen Summe von 1,5 Billionen Mark die höchste Staatsverschuldung in der Geschichte der BRD zu verantworten.

Regionale Besonderheiten
bei der Europawahl 1999 in Niedersachsen
 Veränderungen der Ergebnisse bei den Europawahlen 1999 gegenüber 1994 in absoluten Zahlen

Wahlkreis	Gültige Stimmen	CDU	SPD	GRÜNE	F.D.P.	Sonstige
101 Braunschweig, Stadt	-22607	-3738	-7625	-6247	-1852	-3145
102 Salzgitter, Stadt	-9021	-1608	-4784	-420	-46	-1144
103 Wolfsburg, Stadt	-11972	-208	-4552	-204	-499	-2099
104 Gifhorn	-7985	-126	-225	-2577	-102	-2307
105 Göttingen	-18232	-213	-599	-7717	-207	-2986
106 Goslar	-7905	-49	-1550	-2572	-1121	-1613
107 Helmstedt	-6738	-1082	-2592	-1436	-489	-1139
108 Northeim	-10210	-356	-4714	-2303	-970	-1667
109 Osterode am Harz	-7543	-1339	-303	-1206	-522	-1173
110 Peine	-7137	-278	-3286	-2012	-456	-1661
111 Wolfenbüttel	-7301	-182	-3170	-1728	-794	-1427
112 Hannover, Stadt	-41015	-6094	-11851	-11256	-3123	-8591
113 Diepholz	973	6844	877	-3511	-1112	-2125
114 Hameln-Pyrmont	-13653	-1067	-5107	-3203	-1256	-2420
115 Goslar	-46577	-6668	-15065	-10899	-491	-9654
116 Helmstedt	-20168	-1644	-7582	-4895	-1609	-4666
117 Holzminden	-6098	-466	-2220	-1107	-642	-1063
118 Nienburg (Weser)	-2345	-215	-1137	-1859	-768	-1296
119 Schaumburg	-13125	-1458	-5159	-2654	-1091	-2863
120 Celle	-15500	-2476	-4815	-2758	-1806	-3645
121 Cuxhaven	-8346	-1064	-3446	-3018	-947	-2299
122 Hamburg	-13013	-2557	-2556	-6229	-1658	-4827
123 Lüchow-Dannenberg	-382	-425	-816	-982	-227	-832
124 Lüneburg	-801	-641	-2895	-2902	-936	-2809
125 Osterholz	-5192	-1171	-1767	-224	-874	-1098
126 Rotenburg (Wümme)	-6310	-1223	-2435	-2914	-791	-1393
127 Soltau-Fallingbostel	-5693	826	-956	-260	-829	-2334
128 Stade	-9222	-1616	-3336	-3881	-1323	-1998
129 Uelzen	-5574	-557	-1750	-1455	-647	-1165
130 Verden	-1414	-2556	-559	-2550	-796	-1183
131 Delmenhorst, Stadt	-5463	-405	-247	-1200	-491	-1120
132 Emden, Stadt	-5741	-247	-349	-853	-310	-582
133 Oldenburg (Oldb), Stadt	-12922	-213	-5712	-4459	-1631	-1333
134 Oldenburg, Stadt	-12943	-663	-6226	-3682	-965	-1607
135 Wilhelmshaven, Stadt	-7472	-199	-495	-1682	-529	-967
136 Ammerland	-5456	1030	-2677	-1801	-1184	-824
137 Aurich	-6664	2245	-4870	-252	-891	-896
138 Cloppenburg	197	599	-1958	-1413	-571	-1080
139 Emsland	-6528	4832	-5294	-3168	-1115	-1843
140 Friesland	-5948	493	-3457	-1530	-604	-850
141 Grafschaft Bentheim	-3261	2871	-2597	-1581	-817	-1137
142 Leer	-10534	190	-6952	-1922	-629	-1321
143 Oldenburg	-4247	1766	-1672	-2168	-895	-1188
144 Osnabrück	-12878	4851	-7108	-6015	-1840	-2766
145 Vechta	-1760	3963	-1876	-1270	-755	-1822
146 Wesermarsch	-5380	798	-3125	-1484	-762	-807
147 Wittmund	-1725	404	-5334	-553	-310	-332

**Ergebnisse Europawahl
kreisfreie Städte und Landkreise**

	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	Grüne	FDP	PDS
Braunschweig	44,8 % (53,5 %)	43,2 %	+ 5,6 %	39,5 %	+ 1,3 %	8,4 %
						- 4,1 %
Gifhorn	44,0 % (54,4 %)	50,4 %	+ 6,7 %	37,8 %	+ 1,2 %	4,8 %
						- 3,5 %
Goslar	51,0 % (54,8 %)	46,2 %	+ 5,0 %	43,2 %	+ 1,8 %	3,8 %
						- 3,3 %
Helmstedt	46,7 % (54,4 %)	47,1 %	+ 4,8 %	42,5 %	+ 0,6 %	3,8 %
						- 2,7 %
Osterode	43,4 % (53,2 %)	43,8 %	+ 5,3 %	46,6 %	+ 0,6 %	3,2 %
						- 2,6 %
Peine	46,8 % (55,8 %)	41,6 %	+ 6,0 %	48,2 %	+ 0,3 %	4,2 %
						- 3,2 %
Salzgitter	40,4 % (49,9 %)	43,6 %	+ 5,6 %	46,4 %	+ 0,2 %	3,1 %
						- 2,7 %
Wolfenbüttel	48,4 % (57,5 %)	45,6 %	+ 5,8 %	42,1 %	- 0,2 %	5,3 %
						- 2,5 %
Wolfsburg	42,7 % (52,7 %)	48,6 %	+ 6,0 %	40,3 %	+ 0,6 %	4,3 %
						- 3,1 %

Für die Menschen in Deutschland hat diese Erblast katastrophale Folgen: Auf einer Familie mit zwei Kindern lasten rechnerisch bereits jetzt Staatschulden in Höhe von 75.000 Mark.

Die neue SPD-geführte Bundesregierung hat erkannt: Dieser Marsch in den Schuldensaat kann so nicht weitergehen. Eine solche Belastung kann unseren Kindern und Enkeln nicht aufgeburdet werden. Dazu kommt: Staatsverschuldung ist sozial ungerecht. Der Staat muß große Summen an Zinsen bezahlen. Davon profitieren die Kreditgeber und die Banken. Bezahlen aber müssen die Zinsen alle. Fast jede vierte Mark, die der Staat heute einnimmt, muß er wieder für Schuldzinsen ausgeben.

Bei großen Schulden verliert die Bundesregierung auf Dauer jede Möglichkeit, Politik aktiv zu gestalten und neues Wachstum zu ermöglichen.

Freitag, 18. September
In der Bezirksvorstandssitzung informierte Gerhard Glogowski über die Einigung mit den kommunalen Spitzenverbänden, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden über die Einigung zum KITA-Gesetz.

Der Bundesparteitag in Berlin wird vorbereitet. Der Bezirksvorstand schlägt Sigmar Gabriel für den Parteivorstand vor.

Weitere Veranstaltungen werden vorbereitet u. a. zu den Themen „Soziopolitik“, „Gesundheitspolitik“, Schröder/Blair-Papier im Rahmen der Veranstaltungsreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung - Forum 2010. Es wird beschlossen, am 8. April 2000 einen Bildungsparteitag durchzuführen.

Freitag, 29. Oktober 1999
Ulrike Block-von Schwartz berichtet als Mitglied der Antragskommission über den Leitantrag zum Bundesparteitag „Innovation und Gerechtigkeit, Perspektiven sozialdemokratischer Regierungspolitik“.

Die Bildung eines Arbeitskreises „Kreisfreie Städte und Landkreise“ wird beschlossen. Dem AK gehören die Oberbürgermeister, Landräte, Hauptverwaltungsbeamte, die Fraktionsvorsitzenden und der Regierungspräsident an.

Den Bildungsparteitag wird eine Arbeitsgruppe vorbereiten. Ein Leitanzug des Bezirksvorstandes soll vorgelegt werden.

Freitag, 26. November 1999
Montag, 29. November 1999

An diesem Tage sollte in der Bezirksvorstandssitzung der Bundesparteitag und die Klausurtagung am 22. und 23. Januar 2000 vorbereitet werden. Aber es kam die für uns alle betrübliche Nachricht vom Rücktritt unseres Bezirksvorsitzenden vom Amt des Ministerpräsidenten dazwischen, so daß eine weitere Sitzung am Montag kurzfristig abberaumt wurde. Der Bezirksvorstand diskutierte die aktuelle Situation und stellte folgendes fest:

„Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat mit großer Bestürzung den Rücktritt von Gerhard Glogowski vom Amt des Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen zur Kenntnis genommen.

Wir bedauern diesen Schritt. Der Bezirksvorstand der SPD hat große Hochachtung vor der Entscheidung des Ministerpräsidenten, Schaden vom Land, vom Amt des Ministerpräsidenten und der Partei, abzuwenden.

Die SPD und das Land Niedersachsen haben Gerhard Glogowski viel zu verdanken. Die Region Braunschweig, der er besonders verbunden war und bleiben wird haben in der Lösung ihre Probleme in Gerhard Glogowski einen engagierten Vertreter gefunden.“

Die Arbeit aber muß weitergehen, daher hat der Bezirksvorstand in seiner Sitzung unmittelbar nach dem Rücktritt über eine Nachfolge beraten. Der Bezirksvorstand stellte in einer Pressemeldung folgendes fest:
„SPD-Bezirk Braunschweig begrüßt die Nominierung von Sigmar Gabriel zum neuen Ministerpräsidenten
Die Wahl von Sigmar Gabriel aus Goslar und damit aus dem SPD-Bezirk Braunschweig als Ministerpräsidentenkandidat, wird vom SPD-Bezirk Braunschweig begrüßt. Der Bezirksvorstand hatte in einer Sitzung unmittelbar nach dem Rücktritt von Gerhard Glogowski einstimmig den Fraktionsvorsitzenden als Nachfolger vorgeschlagen.“

Dieser Vorschlag fand im SPD-Landesvorstand und in der SPD-Landtagsfraktion eine große Mehrheit.

Gerhard Glogowski sagte als Bezirksvorsitzender: „Mit Sigmar Gabriel habe die SPD die besten Chancen in Niedersachsen.“

Sigmar Gabriel ist ordentliches Mitglied im Bezirksvorstand und gehört mit beratender Stimme dem Landesvorstand und dem Vorstand des Unterbezirks Goslar an.

Sonnabend, 22. Januar 2000
Sonntag, 23. Januar 2000

Zu Beginn eines Jahres führt der SPD-Bezirksvorstand gemeinsam mit den Abgeordneten des Landtages und des Bundestages sowie weiteren Gästen eine Klausurtagung durch.

In einer Pressekonferenz stellte der Bezirksvorsitzende und Renate Jürgens-Pieper die Ergebnisse vor:

„Thematischer Schwerpunkt war die Bildungspolitik. Für den Sommer dieses Jahres bereiten die Sozialdemokraten einen Bildungsparteitag vor, hierfür ist bereits ein Leitantrag erarbeitet worden. „Wir wollen einen Aufbruch für Bildung und Erziehung organisieren und für die Zukunft Lösungen entwickeln, die dem Strukturwandel gerecht werden“ sagte Gerhard Glogowski bei der gemeinsamen Vorstellung des Antrags mit Kultusministerin Renate Jürgens-Pieper. Kerngedanke ist, daß sozialdemokratische Bildungspolitik den Umbruch zu einer Wissensgesellschaft so gestalten will, daß keine neuen sozialen Spaltungen entstehen. Der Modernisierungsprozeß soll Leistungsorientierung und soziales Lernen verbinden. Das heißt, es sollen die Bildungseinrichtungen so gestaltet werden, daß sie den Anforderungen an Einheitlichkeit und Differenzierung, Eigenverantwortung und Wettbewerb gerecht werden. Im Leitantrag werden diese Anforderungen in fünf Querschnittsthemen konkretisiert und Problemlösungsansätze vorgestellt:

- Bildungs- und Qualifikationsziele von morgen
- Lernen ein Leben lang
- Neue Lehr- und Lernkultur
- Förderung von Chancengleichheit
- Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung

„Wir wollen auch Menschen interessieren und beteiligen, die sonst nicht zu Parteitagen kommen“, berichtete Gerhard Glogowski als eines der Ergebnisse der Klausur.

Die wichtigsten 15 Vorschläge für den Schul- und Hochschulbereich sowie für die berufliche Aus- und Weiterbildung sind:

- die Unterrichtsversorgung sichern und den Schüleranstieg durch zusätzliche Lehrerstellen auffangen
- das Multimediaprogramm mit Schulträgern und Wirtschaft gemeinsam gestalten, um alle Schulstandards zukunftsgerecht auszustatten
- die stärkere Förderung von besonderen Begabungen
- die gymnasiale Oberstufe soll zur Profiloberstufe umgestaltet werden, dabei wird auch die Verkürzung der Schulzeit ermöglicht, um das Alter nach 12 der 13 Schuljahren zu ermöglichen
- die Hauptschule weiterentwickeln durch mehr Kooperation mit der Wirtschaft und den Hauptschulabschluß im Berufsvorbereitungsjahr zu eröffnen
- den muttersprachlichen Unterricht verändern, weil zu viele ausländische Kinder durch Sprachprobleme zu geringe Chancen zu weiterführenden Schulabschlüssen haben
- zusätzliche Ausbildungsspätze schaffen durch Ausbildungsverbünde, unterstützt durch Landes- und Bundesprogramme
- die Lernorte Berufsschule, überbetriebliche Ausbildung und Betrieb stärker verzähnen
- die Berufsschulen zu Kompetenzzentren der Region machen
- Auslandsaufenthalte für alle Bildungsbereiche ermöglichen
- der Hochschulbereich soll vermehrt berufsbefähigende Abschlüsse vermitteln, dazu müssen Wissenschaft und Praxis stärker zusammenarbeiten
- die Modularisierung des Studiums und die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen sollen Durchlässigkeit zwischen Fachhochschule und Universität ermöglichen und Studienaufenthalte im Ausland erleichtern
- Frauенförderung im Hochschulbereich soll künftig forciert werden durch die Verknüpfung von Frauenförderplänen und Mittelzuteilung
- alle Bildungseinrichtungen sollen mehr Eigenverantwortung und Gestaltungsfreiheit erhalten, müssen sich jedoch der Rechenschaftslegung und Vergleichsuntersuchung stellen
- auch für Schulen soll zur Qualitätssicherung und -entwicklung eine Evaluationsagentur aufgebaut werden.

„Die Schaffung neuer Arbeitsplätze wird nur gelingen, wenn die Bildungseinrichtungen die nötige Qualifikationsstruktur rechtzeitig anbieten. Dafür ist mehr regionale Zusammenarbeit dringend erforderlich,“ stellte der Bezirksvorsitzende fest.
„Atommüllpolitik/Schacht Konrad“ war der zweite Themenkomplex, zu dem Gerhard Glogowski die Beratungsergebnisse der Klausur veröffentlicht hat. Glogowski kritisierte, daß noch immer eine Weisung der

KLAUSURTAGUNG 22./23. JANUAR 2000 KÖNIGSLUTTER, KÖNIGSHOF	
Sonnabend, 22. 1.	
11.00 Uhr	ERÖFFNUNG UND BEGRÜSUNG Gerhard Glogowski, Bezirksvorsitzender
	„PERSPEKTIVEN DER SPD IN BUND UND LAND NACH DEM BUNDESVERFAHREN AUS DER SICHT EINES MEINUNGSFORSCHERS“ Manfred Güllner, vom FORSA-Institut Berlin
11.30 Uhr	Mittagessen
13.00 Uhr	„PLANUNGEN WAHLEN“ - 2001 - 2002 - 2003 Michael Kronacher, Odeon-zwo Klaus Schumacher und Rolf-Dieter Backhaus
14.00 Uhr	
16.00 Uhr	„MEHR POLITIK WAGEN“ - ChancenlandNiedersachsen Sigmar Gabriel, Ministerpräsident
18.00 Uhr	„VORBEREITUNG DES BILDUNGSPARTEITAGES“ - Leitantrag
19.30 Uhr	Abendessen
	Fortsetzung der Diskussion in zwangloser Form
Sonntag, 23. 1.	
09.30 Uhr	„DEUTSCHLAND ERNEUERN - DIE AUFGABEN DER SPD BIS ZUR BUNDESTAGSWAHL 2002“ Franz Müntefering, Generalsekretär der SPD
10.30 Uhr	„REGION BRAUNSCHWEIG“ Diskussionsvorschlag Arbeitskreis Region Braunschweig
12.00 Uhr	Ende der Klausurtagung mit dem Mittagessen anschließend Bezirksvorstandssitzung

ehemaligen Bundesumweltministerin Angela Merkel (CDU) gelte, nach dem Fragen der Sicherheit im Zusammenhang mit der Verkehrsinfrastruktur bei einer möglichen Inbetriebnahme des Schachtes Konrad als Endlager nicht geprüft werden sollen. Außerdem gab der SPD-Bezirkschef zu bedenken, daß der Schacht Konrad nur etwa zu einem Drittel in seiner Kapazität genutzt würde, selbst wenn dort sämtliche infrage kommenden radioaktiven Abfälle aus der Bundesrepublik gelagert würden. Die restliche Kapazität, so deutete Glogowski an, von zwei Dritteln des Gesamtaufnahmenvolumens könnte Begehrlichkeiten für weitere Lagerungen aus anderen Teilen Europas wecken. Glogowski wies in seinen Ausführungen ausdrücklich darauf hin, daß das Land Niedersachsen gegenüber dem Bund in Atomfragen weisungsgebunden ist, die Verantwortung liegt beim Bund, somit beim Bundesumweltminister Jürgen Trittin. Im Falle einer Genehmigung, den Schacht Konrad als Endlager zu nutzen, so Glogowski, werden die betroffenen Kommunen gemeinsam gegen diese Genehmigung klagen.

Letzter Komplex, den der Bezirksvorsitzende der Presse vorstellt, war das Thema „Region Braunschweig“. Die Vorbereitungen für die Bildung der Region Hannover sind angefahren, im nächsten Jahr soll ein Regionalparlament für den Bereich der Landeshauptstadt und des Landkreises Hannover gewählt werden. In dieser Region werden etwa 1,1 Mio. Menschen leben. Rein geografisch ist die Region Braunschweig nicht mit der Region Hannover zu vergleichen, Hannover und die 20 umliegenden Städte und Gemeinden bilden eine Region mit einem Zentrum, die Region Braunschweigs hingegen hat mehrere Zentren. Dennoch soll die Region Hannover nach Glogowskis Vorstellungen den Kommunalpolitikern in seinem Bezirk als Beispiel dienen. Bislang gebe es noch keine Gesamtvertretung des Raumes Braunschweig, das soll sich mit der Bildung einer Region ändern. Absicht ist es, mit der Bildung der Region einerseits eine stärkere Vertretung des Raumes Braunschweig auch gegenüber der EU zu erreichen, andererseits aber auch in kleinerem Rahmen Fragen der Arbeitsmarkt-, Verkehrs- und Wirtschaftspolitik effizient lösen können.“

Freitag, 24. März 2000
Der Bezirksausschuß diskutierte die politische Bildung im Bezirk Braunschweig. Egmont Eckardt von der Friedrich-Ebert-Stiftung Hannover betonte:

Die Bundesregierung hat weitreichende Reformprojekte in Angriff genommen und damit auf vielen politischen Gebieten Neuland betreten. Die Ziele dieser Reformen, die Wege ihrer Umsetzung und die öffentlichen Debatten, die sie auslösten, sind wichtige Ausgangspunkte für die politische Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahr 2000/2001.

Die Sozialdemokratie hat begonnen, ihr Grundsatzprogramm und ihre Parteiorganisation zu erneuern. Sie ist über die damit gestellten neuen Fragen in einen Dialog mit der Gesellschaft getreten.

Künftig werden wir noch stärker den öffentlichen Dialog an den Schnittstellen von Gesellschaft und Politik fördern. In Akademiegesprächen, Regionalforen und Gesprächskreisen wollen wir die wichtigen Themen zwischen interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Politikern, Repräsentanten von Organisationen und Verbänden und Fachleuten erörtern. Hierzu haben wir unser Angebot an Tages- und Abendveranstaltungen in den städtischen Zentren ausgebaut.

All denen, die etwas mehr Zeit einplanen können, bieten unsere Fachtage und Seminare Gelegenheit zum gründlichen argumentativen Gespräch, zur kritischen und intensiven Erarbeitung zentraler Themen und zum Erfahrungsaustausch zwischen Menschen verschiedener Erfahrungsbereiche. Künstlerisch-kulturelle Veranstaltungen ergänzen das Angebot der Akademien und Regionalbüros.

Politisches Engagement und Politikvermittlung sind heute ohne professionelle Kompetenzen nicht wirkungsvoll zu leisten. Für ausgewählte Zentraffelder der Politikvermittlung, der Organisation politischen Handels und des politischen Führungshandelns bieten wir spezielle Trainingsprogramme auf der Grundlage differenzierter Weiterbildungskonzepte an.

Die Ortsvereine und Unterbezirke werden aufgefordert hiervon Gebrauch zu machen.

Freitag, 24. März 2000
Der Bezirksvorstand und Bezirksausschuß sprechen über die „Arbeit der SPD-Landtagsfraktion“

Axel Plaue als Vorsitzender berichtet über die aktuelle Situation und nutzte die Gelegenheit, sich in Braunschweig vorzustellen.
Die Wählerinnen und Wähler haben honoriert, daß wir uns in den Wahlkreisen um ihre Probleme kümmern. Trotz knapper Kassen haben wir Arbeitsplätze in Niedersachsen sicher gemacht und geholfen, viele tausende von Jobs neu zu schaffen. Wir haben für Ausbildungsspitze gesorgt und werden auch in den nächsten Jahren die Jugendlichen nach Beendigung der Schule nicht alleine lassen.

Wie in den letzten Jahren stehen wir weiter an der Seite der Eltern und Kinder. 80.000 Kindergartenplätze sind in Niedersachsen neu entstanden, seit die SPD regiert. Schulen und Universitäten bleiben unser zentrales Aufgabengebiet. Doch wir müssen gerade in der Bildungspolitik die ausgetretenen Pfade, das Dickicht eines Jahrzehntealten Beziehungsgeflechts von Verbänden und Organisationen, verlassen. Wir wollen mit den Eltern und Betroffenen gemeinsam neue Wege gehen. Bildung und Qualifizierung, das sind die wichtigsten Investitionen für das neue Jahrtausend. Und wir werden diese Zukunftsinvestition sichern.

Wir sind überzeugt davon, daß die Menschen in Niedersachsen bereit sind, sich für unser schönes Land einzusetzen. In Vereinen oder in Bürgerinitiativen, in den Gemeinden oder in der Nachbarschaft, im Betrieb oder in Schulen. Wir wollen den Jungen helfen, die sich mit innovativen Ideen selbstständig machen. Und wir wollen die Älteren ermutigen, ihre Lebenserfahrung für Selbsthilfeprojekte zu nutzen. Der Staat muß nicht mehr alles bis ins kleinste Detail regeln. Wir wollen die Menschen ermutigen, selbst aktiv Verantwortung zu übernehmen.

Wir werden dafür sorgen, daß unser Niedersachsen modern, menschlich und leistungsfähig bleibt. So definieren wir unseren Auftrag. Zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern werden wir, die Abgeordneten der SPD-Fraktion, diesen Auftrag in den nächsten fünf Jahren erledigen.

Mittwoch, 7. Juni 2000
Der Abschlußbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses wird diskutiert. Der Bezirksvorstand beschließt, die Unterbezirksvorsitzenden zu einem Gespräch am 26. Juni und die Ortsvereinsevorsitzenden zum 5. Juli 2000 einzuladen, um über den Abschlußbericht zu sprechen.

Weitere Themen waren der Schienenverkehr im Bezirk Braunschweig und der Ausbau der A 39, Schacht Konrad - Wilhelm Schmidt informierte über den aktuellen Sachstand.

Für die Programmdiskussion beim Parteivorstand wird Sigmar Gabriel, Vertreterin Sylvia Diotallevi-Valentiner, vorgeschnlagen.

Mittwoch, 5. Juli 2000

Die Ortsvereinsvorsitzendenkonferenz im Bezirk Braunschweig diskutierte mit Harald Groth den Abschlußbericht des Niedersächsischen Landtages.

Freitag, 30. Juni 2000

Das Bildungsforum am 1. Juli wird vorbereitet. Der vorgelegte Vorschlag für die Neugliederung der Besetzung der Büroorganisation im Bezirk und in den Unterbezirken wird diskutiert. Der Bezirksvorstand beschließt eine Arbeitsgruppe einzusetzen und den Vorschlag noch einmal zu überarbeiten.

Erneut wird die Einlagerung in Schacht Konrad diskutiert. Hierzu bringen Wilhelm Schmidt und Wolfgang Schneider ein aktuelles Positionspapier zum geplanten Atommülllager Schacht Konrad ein:

1. Wir sind nicht zufrieden mit allen Punkten des zwischen der Bundesregierung und den Atomkonzernen über viele Monate hinweg ausgehandelten Konsens-Papiers. Wichtig ist aber: Wir haben zum ersten Mal überhaupt einen Einstieg in den Ausstieg. Wenn diese Linie durchgeholt wird, ist sie unumkehrbar und wird uns innerhalb von längstens etwa 20 Jahren von der Atomenergieversorgung befreien. Das mag manchen zu langfristig angelegt sein und zu wenig Symbole enthalten (z.B. das sofortige Abschalten eines AKW) dennoch war vor dem Hintergrund einer langjährigen gewachsenen und geförderten Industrie entschädigungsfrei nicht mehr zu erreichen.
2. Politisch bleibt es in der Berliner Koalition dabei: Es muß ein neues Endlagerkonzept erarbeitet werden, das für den gesamten Atommüll nur ein einziges Endlager vorsieht. Da Konrad nur für einen Teil der Atomabfälle erkundet worden ist, kann Konrad dies nicht sein - es sei denn, man würde eine Erkundungs-Erweiterung auch für hochradioaktive-hochwärmeentwickelnde Abfallstoffe vornehmen. Dies ist nicht vorgesehen.
3. Konrad als Projekt zu verhindern, war unter rechtlichen Aspekten - nach Auffassung aller Experten - nicht möglich. Diese These zu erschüttern, werden wir uns weiter bemühen. Auf jeden Fall ist es so, daß auch bei diesem Atomprojekt ein Ausstieg nur entschädigungsfrei stattfinden kann. Dafür bietet das Konsenspapier einen - wenn auch



Rentenreform 2000



schwachen - Ansatz. Es wird die Möglichkeit eröffnet

- das Planfeststellungsverfahren rechtlich einwandfrei zu Ende zu bringen; dazu gehört nach meiner Auffassung (und offenbar auch nach Auffassung des niedersächsischen Umweltministers Wolfgang Jüttner), daß noch einige Problem punkte aufgenommen und restlos aufgeklärt werden (Planrechtfertigung, Langzeitsicherheit, Produktkontrolle und Transport- sowie Umgebungsgefährdung);
- danach wären alle rechtsstaatlichen Möglichkeiten einer Klage gegeben; hierzu verweisen wir auf die von der SPD in fast allen Städten, Gemeinden und Landkreisen initiierten Grundsatzbeschlüsse (die wir in Salzgitter aktualisieren werden);

- für den Fall von Klagen wird im Konsenspapier auf die Möglichkeit des sofortigen Vollzugs verzichtet, so daß während einer Klagephase auf keinen Fall irgendeine Einlagerung stattfinden kann. Das gibt uns entsprechend Luft sowohl für die Verfahren als auch für die Aufgabe, ein neues Endlagerkonzept zu finden.

Fazit: Konsenspapier ist noch kein Planfeststellungsbeschuß, Planfeststellungsbeschuß ist noch keine Einlagerung!
Der Kampf gegen Konrad geht weiter, auch mit unserer Unterstützung!

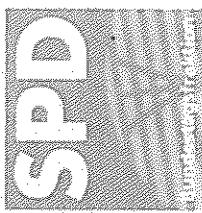
Donnerstag, 31. 8. 2000

Für den am 23. 9. in Braunschweig stattfindenden Landesparteitag werden im Bezirksvorstand Personalvorschläge erarbeitet. Gerhard Glogowski hat auf eine erneute Kandidatur als stellv. Landesvorsitzender verzichtet. Der Bezirksvorstand hat als stellv. Landesvorsitzende Leyla Onur vorgeschlagen.

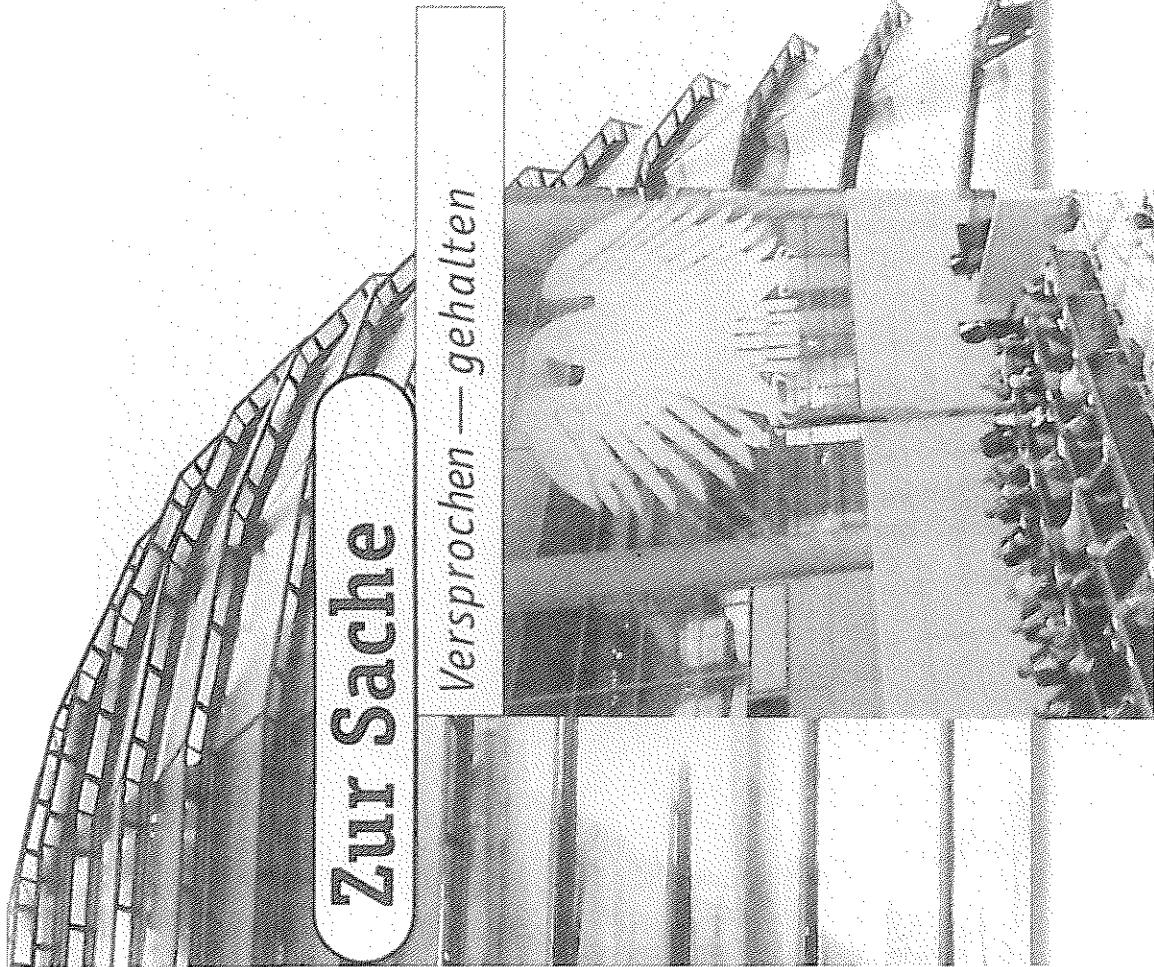
Auf den freigewordenen Platz als Besitzer wurde Ingolf Viereck nominiert. Peter Kopischke kandidiert erneut als Schatzmeister für den Landesvorstand.

Im Bezirksvorstand der AG 60 plus wurde das laufende Gesetzgebungsverfahren zur Rentenreform kritisiert.

Freitag, 6. 10. 2000
Im Mittelpunkt des Bezirksausschusses stand der Beschuß des Parteivorstandes „Demokratie braucht Partei - Die Chance der SPD“



Halbzeitbilanz



Kajo Wasserhövel vom Parteivorstand Berlin erläutert den Beschluss:

I. Die SPD bleibt Werte-, Volks- und Mitgliederpartei.

Wir haben die Programmdebatte begonnen und werden das Grundsatzprogramm fortsetzen zu schreiben.

Wir beginnen aber auch die Debatte um die Weiterentwicklung der Parteiarbeit.

Organisation ist Politik. Wir haben bewährte Strukturen. Aber neue Zeiten erfordern auch neue Formen politischer Arbeit. Darum geht es hier.

Wer die SPD als große Volks- und Mitgliederpartei stärken will, muss jetzt Reformen anpacken. Wir brauchen neue Impulse und eine Aktionierung. Volkspartei sein heißt, offen sein und einladen zum Mitmachen.

Nicht jede Idee kann sofort und umfassend realisiert werden, schon weil dazu das nötige Geld fehlt, aber einiges geht doch und nicht alles kostet zusätzliches Geld.
Die Mitgliederentwicklung muss verbessert werden.

Mitgliederentwicklung:

- Nur noch knapp 10% der Mitglieder sind unter 35 Jahren.
1976 waren es über 30%.
- Weniger als 0,6% der Mitglieder sind unter 20 Jahren.
- Derzeit also knapp 80.000 unter 35 Jahren. In ca. fünf bis sechs Jahren sind davon ca. 60.000 nicht mehr im Jusoalter.
- 1980 waren 38,9% der SPD-Mitglieder über 50 – jetzt sind es schon 58,1%. Tendenz weiter steigend.
- Und: Wir müssen jedes Jahr zwölftausend mehr Mitglieder aufnehmen als austreten, nur um den Gleichstand zu halten.

Allein der Rückgang der Mitgliederzahlen von 12.000 Mitgliedern jährlich – der sich mit der Veränderung der Altersstruktur noch beschleunigen kann – bedeutet einen Rückgang an Beitragseinnahmen von mindestens 1,8 Millionen DM in einem Beitragsjahr.

Mitgliederbeteiligung:

Die Mitgliederbeteiligung ist unzureichend. Nach allen wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen beteiligen sich in den alten Ländern ca. 10%

der Mitgliedschaft aktiv am Parteileben – in den neuen Ländern ist der Beteiligungsgrad höher, die strukturelle Verankerung der Partei aber deutlich schwächer. Die Mitglieder sind es, die in den Gremien der Partei arbeiten, auf Parteitagen und in Wahlkämpfen aktiv sind. Die SPD besetzt in ihren Strukturen und in den Parlamenten ca. 50.000 Funktionen (Ortsvereinsvorstände, Funktionen in den Arbeitsgemeinschaften, Vorstände der Gliederungen, Mandate in Kommunen, Ländern und auf Bundesebene). Ein Verhältnis von 50.000 Funktionen zu gut 70.000 – 100.000 aktiven Mitgliedern führt schon auf mittlere Sicht zu erheblichen Schwierigkeiten. Mit den allgemeinen Veränderungen (Demographie, Mobilität, Auflockerung der Bindungen) hat sich der Kreis der Aktiven in den letzten Jahren kontinuierlich verringert. Und damit ist die Arbeits- und Zeitbelastung für die aktiven Ehrenamtlichen deutlich gewachsen.

Mandatsträger und Funktionäre

Die Volkspartei muss mitten im Volk sein:
Eine große Stärke der SPD war und ist die tiefe Verankerung in vielen gesellschaftlichen Bereichen. Aber nicht überall ist sie noch gegeben. Ob in den Vereinen oder Verbänden, den Gewerkschaften, den Initiativen – überall werden aktive Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gebraucht.

Und die SPD braucht ihrerseits politisch interessierte Menschen – auch wenn diese nicht Mitglied sind –, die sich mit der SPD engagieren. Mit dem Wandel der Gesellschaft, mit den Veränderungen in der Arbeitswelt brauchen wir auch ein neues Verständnis, neue Offenheit auf allen Ebenen der Partei, auch für solche, die von außen kommen oder auf Zeit mitmachen wollen.

II. Bewährtes stärken, Reformen einleiten

Der SPD-Parteivorstand beginnt auf der Grundlage des Papiers "Demokratie braucht Partei" eine Debatte zur Rolle und zur Arbeitsweise der Partei und fasst erste Beschlüsse.

1. Bindungskraft

Wir wollen eine intensive Kommunikation zwischen dem Parteivorstand und den handlungsfähigen Basisorganisationen, in der Regel den Ortsvereinen. Der Parteivorstand soll noch stärker Dienstleistungszentrale für die Ortsvereine sein. Zu diesem Zweck bietet der Parteivorstand für interessierte Ortsvereine "Mitmachpakte" zu Themen an. Aktuell zu

- Jugendkampagne

- Grundsatzprogrammdiskussion
- Parteireform

Diese Pakete bieten – in aufgearbeiteter Form:

- Hintergrundinformationen,
- Thesen für Diskussion in Vorständen,
- Vortragsmuster für Mitgliederversammlungen,
- Aktionsbeispiele,
- Musterpresserklärungen
- Referentinnenlisten.

Zu jedem dieser Themenpakete werden im Parteivorstand zuständige Projektgruppen mit verlässlichen Ansprechpartnerinnen und -partnern gebildet, die für Nachfragen und Anregungen zur Verfügung stehen. Im Vorwärts und INTERN wird regelmäßig über besondere Aktivitäten berichtet.

2. Dialogkompetenz

Mit der Gründung der Foren ist es in den vergangenen Jahren in vielen Bereichen gelungen, bisher passive Mitglieder und interessierte Nichtmitglieder anzusprechen und zum Mitmachen zu bewegen. Wir wollen diese Angebote bundesweit ausbauen und regionalisieren. Die Landesverbände, Bezirke und Unterbezirke erhalten vom Parteivorstand Vorschläge für eine Intensivierung der Zielgruppenarbeit.

Die Arbeitsgemeinschaften sind aufgefordert, ihre Bemühungen um Vorfeldarbeit für die SPD zu verstärken. Sie haben bei der Aktivierung der Zielgruppenarbeit der Partei eine Schlüsselaufgabe. Auch hier müssen die Modernisierungsschritte konsequent gegangen werden.

Die Vorsitzenden der Landesverbände, Bezirke und der Arbeitsgemeinschaften werden gebeten, dem Parteivorstand im Herbst hierzu einen Bericht zu geben.

3. Lösungsansatz

Wir wollen unsere innerparteiliche Bildungsarbeit professionalisieren.
Wir werden Angebote für die zielgerichtete Qualifizierung von Kandidatinnen und Kandidaten für Mandate und Funktionen aufbauen. Mit einem "Netzwerk Bildung" wollen wir den Austausch zwischen interessierten Bildungsträgern intensivieren. Im Herbst wird ein Vorschlag für eine

- "Kommunalakademie" unterbreitet, mit der auf die wachsenden Qualifikationsanforderungen im kommunalen Bereich reagiert wird.

4. Kommunikationskompetenz

- Damit Parteien ihrer Orientierungsfunktion auch in Zukunft noch nachkommen können, müssen auf allen Ebenen die Methoden der politischen Kommunikation modernisiert und die handelnden Personen profi-fessionalisiert werden.
- Hierzu wird das Willy-Brandt-Haus Angebote erarbeiten, die sich an Mandatsträger/Vorstände und Hauptamtliche richten. Dazu gehören klassische Medientrainings genauso wie know-how-Aufbau im Bezug auf Medienumgang und Zusammenarbeit mit Agenturen in Wahlkämpfen.

5. Digitale Partei

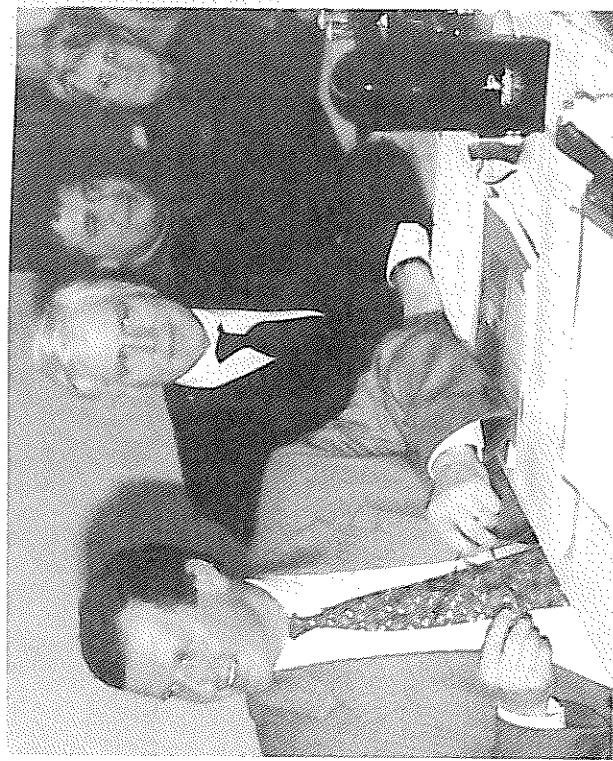
Wir werden das Internet als einen wichtigen Weg der innerparteilichen Kommunikation aufzubauen. Dies betrifft die Hauptamtlichen, die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, die Funktionäre, die Mitglieder. Wir wollen alle Gliederungen in einem geschützten Informationsbereich im Internet bringen.
Wir werden Schritt für Schritt eine komplett neue Angebotsstruktur im Netz aufbauen, die auf Beteiligung und Einbeziehung setzt und die Ressourcen mobilisiert, die gerade auch bei jungen Mitgliedern vorhanden sind.

Erste Arbeitsschritte sind:

- Relaunch Internet in diesem Jahr (1. Schritt) und im nächsten Jahr (2. Schritt)
- Modernisierung unseres Intranet (Hauptamtlicher Bereich)
- Projekt "Ortsvereine ins Netz" im Jahr 2000/2001
- Etablierung einer "Internet-Koordinationsstelle" für interessierte Gliederungen, mit einem eigenen Angebot, ins Netz gehen zu wollen; hierzu werden die Kapazitäten des VOV genutzt
- Bessere Vernetzung aller Internetangebote der Partei und Hilfestellung bei der Umsetzung eines CI

6. Rekrutierungskompetenz

Die Nachwuchsförderung der SPD muss systematisiert werden und dem Kriterium der Nachhaltigkeit gerecht werden. Wir haben im Vorfeld der



letzten Bundestagswahl mit der Aktion "30 unter 40" Erfolg gehabt und für eine bessere Repräsentanz junger Genossinnen und Genossen in der Bundestagsfraktion gesorgt. Auch für die Bundestagswahl 2002 gilt das Ziel, wieder "30 unter 40" in die SPD-Fraktion des neuen Bundestages zu bringen. Der Parteivorstand beauftragt die Landesverbände und Bezirke, entsprechende Vorekehrungen zu treffen. Die Beschlüsse zur Quotierung sind zu berücksichtigen.

7. Offenheit

Wir wollen mehr Menschen die bisher noch nicht parteipolitisch aktiv wahren, die aber die nötige gesellschaftspolitische Kompetenz mitbringen, in politische Ämter bringen. Dazu sollen auch qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber auf aussichtsreichen Listenplätzen der Wahlkreise platziert werden, die bisher nicht aktive Parteimitglieder waren. Mit dem Modell "Zehn von Außen" soll dieser Gedanke für die Bundestagswahl 2002 Realität werden. Der Parteivorstand unterstützt diesen Vorschlag und beauftragt auch hier die Landesverbände und Bezirke, entsprechende Vorschläge zu machen.

8. Partizipationskompetenz – Vorwahlen

Wahlkämpfe sind Zeiten der intensiven politischen Diskussion. Wir wollen das Gewicht der Entscheidung in den Wahlkreisen bei der Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten erhöhen. Wir wollen mehr Beteiligung aller Mitglieder und von nicht parteigebundenen interessierten Bürgerinnen und Bürgern in dem Aufstellungsprozess. Und wir wollen eine stärkere Verankerung der Kandidatinnen und Kandidaten in den Wahlkreisen. Der Parteivorstand nimmt den Vorschlag für die Einführung von Vorwahlen bei der Kandidatenaufstellung ab der Bundestagswahl im Jahr 2006 zur Kenntnis. Der Parteivorstand beruft in seiner Sitzung am 19. Juni eine Gruppe "Vorwählen" unter der Leitung des Generalsekretärs ein.

Die Gruppe soll mögliche Verfahren für Vorwahlen konkretisieren, Pro und Contra aufstellen, bewerten und im Herbst einen Bericht geben sowie einen Beschlussvorschlag unterbreiten.

9. Partizipationskompetenz - Kumulieren

Der Parteivorstand regt die Einführung des Kumulierens bei der Kommunalwahl an. Die Landesverbände werden aufgefordert, bis zum Herbst dem Parteivorstand hierzu ihre Voten zu melden. Die Erfahrungen der Landesverbände, in denen das Kumulieren auf der

komunalen Ebene möglich ist, sollen kurzfristig eingeholt und allgemein zugänglich gemacht werden.

10. Partizipationskompetenz – Volksentscheide u.a. auf Bundesebene

In der Koalitionsvereinbarung ist festgestellt:

"Wir wollen die demokratischen Beteiligungstechte der Bürgerinnen und Bürger stärken. Dazu wollen wir auch auf Bundesebene Volksinitiative, Volksbefehren und Volksentscheid durch Änderung des Grundgesetzes einführen".

Der Bezirksausschuß diskutierte die Bedingungen für die Aufstellung der Kandidaten. Insbesondere die Wahl der hauptamtlichen Landräte und Bürgermeister. Grundlage war das Papier vom Geschäftsführer der Bundes-SGK, Detlef Raphael „Wie bereite ich den Kommunalwahlkampf/Direktwahlkampf vor?“

Freitag, 6. Oktober 2000

Eine umfassende Information über die zu gründende sozialdemokratische Kommunal-Akademie (eine gemeinsame Initiative von SPD-Parteivorstand und Bundes-SGK) - Qualifizierung für die Zukunft - wird dem Bezirksvorstand gegeben.

Sozialdemokratische Kommunal-Akademie:

Bildung und Qualifizierung nehmen für die Parteien und ihre Akteure auf den verschiedenen Politikebenen immer mehr an Bedeutung zu. Die Gestaltung des Gemeinwesens wird komplizierter in vielerlei Hinsicht. Heutige Kommunalpolitiker müssen in hohem Maße fachliche Zusammenhänge erkennen und ressortübergreifend denken und entscheiden können

Ehren- und hauptamtliche Lokal- und Regionalpolitik ist im Gegensatz zu den 60er und 70er Jahren nicht mehr von der Frage geprägt, wofür die Verteilungsspielräume genutzt werden sollen, sondern vielmehr von der Frage, wie angesichts begrenzter öffentlicher Ressourcen die öffentlichen Leistungen effektiver und kostengünstiger erbracht werden können, um den hohen Lebensstandard in den Kommunen zu sichern.

Die tiefwurzelnden ökonomischen, sozialen und kulturellen Veränderungen stellen die Gemeinden, Städte und Landkreise vor neue



Arbeitskreis Migrantinnen und Migranten

Aufgaben. Verantwortungsvolle Politik im 21. Jahrhundert muss insbesondere ökonomische, soziale und kulturelle Integrations- und Erneuerungsarbeit leisten. Dies ist nur möglich, wenn genügend hervorragend qualifizierte Persönlichkeiten bereit stehen, die aktiv und kompetent zur Lösung der Probleme und Bewältigung der Aufgaben beitragen.

Die deutsche Sozialdemokratie erneuert und intensiviert auf allen Ebenen ihre innerparteiliche Bildungsarbeit. Die SPD und die Bildungsträger der sozialdemokratischen Familie werden bundesweit die Bildungsangebote restrukturieren und an den Problemlagen und Notwendigkeiten entsprechend neu ausrichten. Das im Juni 2000 im Willy-Brandt-Haus gegründete „Netzwerk politische Bildung“ dient der Koordination und Unterstützung dieser Arbeit.

Neben der allgemeinen Erneuerung der Bildungs- und Qualifizierungsarbeit gelten weitere Maßnahmen speziellen Zielgruppen. So erhalten etwa die hauptamtliche SPD Beschäftigten eine umfassende und verbindliche Plattform für die Personalentwicklung und Weiterbildung. Nachwuchssorgen haben alle Parteien. Die SPD muß aber auch zukünftig sicherstellen können, daß sie den Wählerinnen und Wählern ein leistungsfähiges Kandidatenangebot unterbreiten kann, das alle gesellschaftlichen Milieus und Altersstufen repräsentiert und den verschiedenen Qualifikationsprofilen entspricht. Deshalb gewinnt für die SPD die konkrete und zielgerichtete Rekrutierung, Förderung und Qualifizierung des kommunalpolitischen Nachwuchses eine herausgehobene Bedeutung.

Freitag, 10. November 2000

Der Bezirksvorstand diskutiert und beschließt die Neuorganisation der hauptamtlichen Mitarbeiter im Bezirk und in den Unterbezirken.

Die SPD ist bei allen Wahlen - Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahl - die erfolgreichste Partei im Bezirk Braunschweig gewesen.

Damit wir auch in Zukunft die erfolgreichste Partei bleiben, wollen wir mittelfristig unsere Organisation in den Stand versetzen, auch die modernste, organisatorisch stärkste Partei im Bezirk Braunschweig zu sein. Denn Parteiarbeit und Wahlkämpfe stellen immer höhere Anforderungen an die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wir wollen den Mitgliederrückgang stoppen und wieder eine Erhöhung unserer Mitgliederzahl erreichen.

- * Dazu müssen wir die Attraktivität unserer politischen Arbeit steigern, mehr Menschen davon überzeugen, daß es sich für sie lohnt, bei uns mitzumachen.
- * Wir müssen stärker auf die Bedürfnisse der Menschen und ihre heutigen Lebensumstände eingehen.
- * Die Parteiorganisation muß zu einem modernen und innovativen Motor für politische Arbeit weiterentwickelt werden.
- * Alle, die sich in unserer Partei ehrenamtlich engagieren, müssen in ihrer politischen Arbeit noch wirksamer und professioneller unterstützt werden. Das betrifft die inhaltliche Arbeit ebenso wie organisatorische Zuarbeit und Unterstützung in Wahlkämpfen.

Die nachfolgenden Thesen und Vorschläge beruhen zum Teil auf dem Papier „Perspektiven für die hauptamtliche Parteistruktur im SPD-Bezirk Braunschweig“ von Sigmar Gabriel und Matthias Wehrmeyer sowie der ad hoc Kommission des Bezirksvorstandes. Sie sollen dazu dienen, die hauptamtliche Struktur der SPD im Bezirk Braunschweig zielgerichtet entwickeln zu helfen, um finanzielle Möglichkeiten einerseits und politische Notwendigkeiten in der Fläche andererseits zusammenzu führen. Dabei ist klar, daß die vorgeschlagenen Entwicklungen im hauptamtlichen Apparat nur im Einvernehmen mit den betroffenen Beschäftigten eingeleitet werden können und sicher ein längerfristiger Prozeß sind.

Die Bedingungen der Parteiarbeit und die tatsächliche Funktion der Geschäftsführer - insbesondere in den Unterbezirken - haben sich stark verändert.

Politische Führung und Controlling - soweit davon gesprochen werden kann - gehen von ehrenamtlichen Funktionären der Partei oder Mandatsträgern (Bundestag, Landtag oder den kommunalen Mandatsträgern) aus. Die Zentren der politischen Entwicklung haben sich von den Parteidienstes in die Fraktionen verlagert. In den Unterbezirken repräsentieren Bürgermeister, Landräte, Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete die SPD und weniger stark Unterbezirks- und Ortsvereinstände. Die Funktion der Vorstände ist viel stärker nach innen als nach außen gerichtet und wird inhaltlich von organisatorischen Regularien bestimmt.

Dementsprechend hat der hauptamtliche Apparat in den letzten Jahrzehnten immer stärker rein organisatorische Serviceaufgaben erhalten

Politische Führung, programmatiche Diskussionen, Zielgruppenarbeit oder das initiieren von politischen Prozessen sind keine Aufgaben, die der hauptamtliche Apparat der SPD heute erfüllt.

Trotz dieser Veränderungen hat sich die hauptamtliche Struktur nicht gewandelt. Weder werden andere Qualifikationen verlangt noch andere Gehälter bezahlt oder eine andere Organisationsstruktur entwickelt. Lediglich die Anzahl der hauptamtlichen Geschäftsführer wurde verringert, allerdings nur wegen akuter Finanzschwäche und nicht aufgrund einer veränderten Aufgabenstellung. Wir müssen die Parteiarbeit entsprechend der sich veränderten Gesellschaft professionalisieren.

Die Initiative von Franz Müntefering unter dem Stichwort „Demokratie braucht Partei“ stellt bundesweit den Versuch dar, dieses Defizit aufzuheben. Der Bezirk Braunschweig wird die Vorschläge - soweit möglich - in seinem Organisationsbereich umsetzen.

Der Bezirksvorstand eröffnet Mitarbeitern, die das 55. Lebensjahr vollendet haben die Möglichkeit zur Altersteilzeitarbeit.

Der Vorstand des Bezirks beschließt ein Wissenschaftsforum einzurichten.

Das Wissenschaftsforum der Sozialdemokratischen Partei beschäftigt sich seit einigen Jahren mit den forschungs- und bildungspolitischen Dimensionen sozialdemokratischer Politik. Es wendet sich nicht nur an Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, sondern grundsätzlich an alle Interessierten aus dem wissenschaftlichen Bereich.

Das Wissenschaftsforum wurde eingerichtet,

- ◆ um die Verbindungen zu Wissenschaftlern und Wissenschaftsorganisationen dauerhafter zu gestalten,
- ◆ um das Gespräch mit den wissenschaftlich Tätigen über wissenschafts- und bildungspolitische Themen zu intensivieren und
- ◆ um die Wissenschaften bei sozialwissenschaftlichen und naturwissenschaftlich-technischen Zukunftsfragen systematischer um Rat zu fragen und um kontinuierlich Diskussionsprozesse in den Regionen an Universitäten, Fachhochschulen und Forschungsstandorten aufzubauen.

Die Gründungsveranstaltung fand am **DIENSTAG, 5. DEZEMBER 2000, 19.00 UHR**, Braunschweig, Stadthalle, Vortragssaal, statt

Einleitend wurde vom Minister für Wissenschaft und Kultur, THOMAS OPPERMANN, zum Thema: „**WISSENSCHAFTSPOLITIK IN NIEDERSACHSEN AM BEISPIEL DER WISSENSCHAFTSREGION BRAUNSCHWEIG**“, referiert.

Freitag, 8. Dezember 2000

Der Vorsitzende der Braunschweiger Abgeordnetengruppe im Landtag, Karl-Heinz Mühe, sprach vor dem Bezirksausschluß über aktuelle Fragen der Landespolitik. Weiterhin wurde der Bezirksparteitag im Jahre 2001 vorbereitet. Der Bezirksausschluß wurde über die Beschlüsse des Bezirksvorstandes zur Organisationsreform unterrichtet.

Freitag, 8. Dezember 2000

Die Landtagsfraktion wird im 1. Halbjahr 2001 Regionalkonferenzen durchführen. Der Bezirksvorstand diskutiert das Konzept. Es soll ein „Stärke - Schwächen - Papier“ erstellt werden.

Der Bezirksvorstand beschließt der Kommunalakademie beizutreten. Am Startprojekt können 3 Vertreter aus dem Bezirk teilnehmen.

Für den am 28. April 2001 stattfindenden Bezirksparteitag werden die Tagesordnung und der Delegiertenschlüssel beschlossen.

Der Bezirksvorstand legt den Schwerpunkt für die Klausurtagung fest. Bildungspolitik und Bildung einer Region

Freitag, 19. Januar 2001
Sonntagnachmittag, 20. Januar 2001

Zu Beginn der Klausurtagung stand der Bericht der Landesregierung. Dieser wurde ergänzt aus der Sicht der Landtagsfraktion vom stellvertretenden Vorsitzenden Karl-Heinz Mühe. Eine breite Aussprache schloß sich an.

Am anderen Tag standen Fragen der Region Braunschweig auf der Tagesordnung. In Hannover wird demnächst eine rechtlich verfaßte Region durch Gesetz entstehen. In der Braunschweiger Region darf es darum nicht beim Bemühen um eine Marketinggemeinschaft bleiben. Es geht darum, die Kräfte in unserer Region zu bündeln. Es ist wichtig, daß die Sozialdemokraten als Träger der regierenden Kraft im kommunalen Bereich, Landtag, Bundestag, aber auch Europa, gestärkt werden. Sie sind es, die die Interessen der Menschen unserer Region vertreten. Ein weiterer Punkt war Wahlen 2001, 2002 und 2003.

Die Kommunalwahl, insbesondere die Oberbürgermeisterwahlen in Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg sind wichtige Wahlen, die unsere ganze Kraft erfordern. Wenn wir die erfolgreiche, auch in Wahlergebnissen erfolgreiche Arbeit in unserem Bezirk forsetzen wollen, müssen wir gerade bei diesen Wahlen erfolgreich sein. Das gilt in ganz besonderer Weise auch für die Landratswahl in Gifhorn, da wir bereits in den Landkreisen Goslar, Osterode, Peine und Wolfenbüttel den hauptamtlichen Landrat stellen. Die Wahlen in den Städten und Gemeinden unseres Bezirks haben dabei jeweils eine ganz besondere Bedeutung.

Freitag, 23. Februar 2001
Der Bezirksvorstand beschließt der Vereinbarung zwischen dem Parteivorstand und den Bezirken beizutreten. Inhalt dieser Vereinbarung „Innovation, Personalentwicklung und Qualifizierung in der SPD“ ist die Weiterbildung der hauptamtlichen Mitarbeiter

Programm Innovation, Personalentwicklung, Qualifizierung in der SPD:

Die SPD betritt Neuland. Erstmals beginnt eine Partei in Regierungsverantwortung gleichzeitig eine Debatte zum Grundsatzprogramm und zur Organisationsreform.

Damit die SPD als Mitglieder-, Werte- und Volkspartei fortbesteht, sind gezielte Veränderungen und Modernisierungen zur Stärkung der Partei notwendig. Neben dem Engagement der Mitglieder, Funktionäre und Mandatsträger hängt die Leistungsfähigkeit der Organisation ganz wesentlich auch ab von der Qualität und Qualifikation der hauptamtlich bei der SPD Beschäftigten.

Zu Recht weist die Organisationsreform den Qualifizierung eine zentrale Bedeutung zu. Dies betrifft den ehrenamtlichen Bereich ebenso wie den hauptamtlichen.

Die SPD-Gliederungen führen in ihrer Arbeitgeberfunktion für die hauptamtlichen ein umfassendes und fortlaufendes Programm zur „Innovation, Personalentwicklung, Qualifizierung in der SPD“ durch.

Ziel dieses Programms ist es, die Kompetenz und Qualität der SPD-Organisation als politischem Dienstleister auf allen Ebenen zu verbessern. Grundlage dafür ist

- das Berufsbild der Hauptamtlichen zeitgemäß zu definieren,
- eine systematische Personalentwicklung zu betreiben,
- eine bedarfsgerechte und praxisnahe Weiterqualifizierung zu gewährleisten.

Der Bericht der letzten zwei Jahre hat die wesentlichen Beratungspunkte des Bezirksvorstandes und Bezirksausschusses wiedergegeben. Eine Fülle von Ergebnissen, die hier nicht alle aufgeführt werden können, haben darüber hinaus stattgefunden.

Im Bezirk fanden regelmäßig Geschäftsführer- und Mitarbeiterinnen-sitzungen statt, in denen die Arbeit des Bezirks, alle organisatorischen und politischen Fragen, die den Bezirk Braunschweig betrafen, besprochen wurden. Außerdem wurden auf Landes- und Bundesebene regelmäßig die Sitzungen der Leitenden Geschäftsführer durchgeführt.

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bezirk und in den Unterbezirken, allen Helferinnen und Helfern möchte ich recht herzlich Dank für die nicht immer leichte Arbeit in den vergangenen zwei Jahren sagen.

Die aktive Mitarbeit benötigen wir auch in den kommenden Monaten und Jahren. Am 9. September zur Kommunalwahl, im Jahr 2002 zur Bundestagswahl und 2003 zur Landtagswahl. Der überzeugende Wahlsieg zur Bundestagswahl kann nur mit einer engagierten und motivierten Basis errungen werden. Die ist auch Voraussetzung für weitere erfolgreiche gute Politik.

Rolf-Dieter Backhaus
Ltd. Bezirksgeschäftsführer

Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben 1999

Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben 2000

Einnahmen	DM	Ausgaben	DM	
Mitgliedsbeiträge	1327178,90	Personalausgaben	1212578,53	
Mandatsträgerbeiträge	130000,00	lfd. Geschäftsbetrieb	229598,40	Übersch. aus Vermögen
Mitgliedsbeiträge	1327178,90	Personalausgaben	1212578,53	
Mandatsträgerbeiträge	130000,00	lfd. Geschäftsbetrieb	229598,40	Übersch. aus Vermögen
Spenden	48389,16	Innernp. Gemeinarbeit	53251,98	
Spenden	87767,19	Offentl. Gemeinarbeit	95453,90	Zuschüsse von Gläderungen
Sponsoringe	398925,50	Zuschüsse an Gläderungen	194148,00	Zuschüsse von Gläderungen
	0	Wahlen	771,00	
insgesamt	1994716,75			1785792,81

Mitgliederbestand und Beitragsdurchschnitt 1999

Wahlbezirk (1998)	Wahlbereich	Wahlbereich	Wahlbereich	Wahlbereich	Wahlbereich	Wahlbereich
Braunschweig	2945	2060	885	30,1	1,54	11,40 DM
190906						
Githorn	1877	1399	478	25,5	1,50	11,49 DM
124515						
Goslar	2217	1602	615	27,7	1,80	10,32 DM
123149						
Helmstedt	1870	1374	496	26,5	2,38	10,09 DM
78546						
Osterode	1612	1242	370	23,0	2,33	9,99 DM
69072						
Penie	2607	1932	675	25,9	2,61	10,28 DM
99900						
Salzgitter	1556	1141	415	26,7	1,84	11,97 DM
84147						
Wolfsenbüttel	2409	1693	716	29,7	2,48	10,96 DM
97028						
Wolfsburg	1229	858	371	30,2	1,34	13,81 DM
91412						
Bezirk	18322	13301	5021	27,4	1,91	11,40 DM
958675						

RECHEN SCHAFTSBERICHT DER BUNDESTAGSABGEORDNETEN

Wir

Dr. Peter Eckardt, direkt gewählter Abgeordneter für den Harz

- Mitglied im Ausschuss für Bildung und Forschung
- stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten der neuen Länder
- stellvertretendes Mitglied im Petitionsausschuss
- Mitglied in der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus und Gewalt sowie des Gesprächskreises Kommunalpolitik

Hubertus Heil, direkt gewählter Abgeordneter für Gifhorn-Peine

- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Mitglied der Enquete-Kommission "Nachhaltige Energieversorgung Liberalisierung / Globalisierung"
- Mitglied der Unterausschüsse Neue Medien, ERP-Wirtschaftspläne und Telekommunikation/Post
- stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Gesundheit

Leyla Onur, direkt gewählte Abgeordnete für Braunschweig

- Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung
- stellvertretende Vorsitzende der Landesgruppe der niedersächsischen Abgeordneten, Vorsitzende der AG Migration
- Mitglied in der Querschnitt AG Integration und Zuwanderung
- stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss
- stellvertretende Vorsitzende der Koordinierungsgruppe Türkei beim Parteivorstand

Dr. Carola Reimann, nachgerückt über Landesliste Niedersachsen

- Mitglied im Petitionsausschuss
- Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- Mitglied im Ausschuss für Gesundheit
- stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
- Mitglied der Enquetekommission "Recht und Ethik der modernen Medizin"

Wilhelm Schmidt, direkt gewählter Abgeordneter für Salzgitter-Wolfenbüttel

- Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes

Mitgliederbewegung und Beitragsdurchschnitt 2000

Unterbezirk/ Wahlber. (1998)	Mitglieder insgesamt	männlich	weiblich	Ant. Frauen %	Org.grad %	Beitrags- Durchschnitt DM
Braunschweig 190906	2816	1956	860	30,5	1,48	14,04
Gifhorn 124515	1884	1393	491	26,1	1,51	11,64
Goslar 123149	2130	1537	593	27,8	1,73	10,59
Helmstedt 78546	1830	1347	483	26,4	2,33	10,23
Osterode 69072	1564	1206	358	22,9	2,26	10,12
Peine 99900	2546	1880	666	26,2	2,55	10,35
Salzgitter 84147	1502	1097	405	27,0	1,78	12,02
Wolfenbüttel 97028	2341	1645	696	29,7	2,41	11,19
Wolfsburg 91412	1227	850	377	30,7	1,34	14,05
Bezirk 958675	17840	12911	4929	27,6	1,86	11,57

- Sprecher der Fraktion im Ältestenrat und im Vermittlungsausschuss
 - Ehrenamts-Beauftragter der Fraktion
 - stellvertretendes Mitglied im Sportausschuss
- Bodo Seidenthal, direkt gewählter Abgeordneter für Helmstedt-Wolfsburg**
- Mitglied im Ausschuss für Bildung, und Forschung
 - stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss
 - Obmann in der Kommission des Ältestenrates für den Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechniken und -medien
 - Mitglied des Gesprächskreises Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion
 - Gleichberechtigter Vorsitzender des Gesprächskreises "Techniker, Ingenieure und Naturwissenschaftler im Deutschen Bundestag"

■ tun was für die Region Braunschweig:

➤ Standortsicherung und Arbeitsplätze

Das **Hauptzollamt Braunschweig** wird nicht geschlossen und sogar noch um den Bereich Göttingen erweitert. Die Göttinger Arbeitsplätze werden nach Braunschweig verlegt. Das ist nur ein Beispiel für unsere gemeinsamen Durchsetzungskraft in wichtigen Fragen. Mit dieser Entscheidung wird die Standortqualität der gesamten Region gesichert und noch erhöht. ✓

➤ Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur

Ein Schwerpunkt der Arbeit galt der Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur der Region. Dabei konnten wir eine Reihe von Erfolgen erzielen. So wurde beispielsweise der Bau der **Ortsumgehung in Meinersen**, die **Ortsumgehung Helmstedt** die Verlängerung der **A 39** (Tappenbeck / Weyhausen) und die **A 39** (Rautheim / AK BS Süd) gesichert. Die Verkehrspolitischen Projekte werden zügiger fortgesetzt als in den Zeiten der Regierung Kohl. Insbesondere der Weiterbau der A 39 ist beschleunigt worden, weil im Rahmen des Einsatzes der UMTS-Erlöse auch für unsere Region zusätzliche Mittel geholt wurden. Auch das **Güterverkehrszentrum Salzgitter** haben wir vorangebracht. ✓

➤ Handwerk und Mittelstand

Der Dialog mit der regionalen Wirtschaft war und ist für die SPD-Bundestagsabgeordneten unserer Region von entscheidender Bedeutung. Neben den großen Industrieunternehmen haben wir uns dabei in unzähligen **Betriebsbesuchen** und Gesprächen vor allem auch dem Handwerk und wirtschaftlichen Mittelstand zugewendet. ✓

➤ Bildung und Forschung

Mit einer intensiven Nutzung des **JUMP-Jugend-Ausbildungsprogramms** in unserer Region wurden Hunderten von Jugendlichen neue berufliche Perspektiven eröffnet. Eine Initiative zur Modernisierung der beruflichen Bildung soll in unserer Region gestartet werden, damit die Zahl der **Ausbildungsplätze** weiter steigt und Industrie und Handwerk die benötigten Fachkräfte bekommen.

Wir haben den Ausbau der **Fachhochschulstandorte Wolfenbüttel, Salzgitter und Wolfsburg** unterstützt und im Bundestag an der Erhöhung der Ausgaben für Forschung und Technologie gearbeitet. Allein die TU Braunschweig durch zwei **zwei Pilotprojekte** in Höhe von **1,2 Mio. Mark** davon profitiert.

Wir haben mehr Studentinnen und Studenten die Chance eröffnet, ein Studium zu absolvieren, weil wir uns besonders für ein **verbessertes BAföG** eingesetzt haben.

Die Aktion "Science live – Wissenschaft im Dialog" in Braunschweig zum Thema Bio- und Gentechnologie fand bei Schülerinnen und Schülern sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern großes Interesse. ✓

➤ Forschungsflughafen Braunschweig

Der Forschungsflughafen Braunschweig ist für unsere Region von zunehmender **wirtschaftlicher Bedeutung**. Gemeinsam, auch in enger Zusammenarbeit mit der DLR-Führung, haben wir uns für den Flughafen eingesetzt, damit unserer Forschungsregion auch in der Luftfahrtforschung national und international eine besondere Bedeutung zukommt. Auf unsere Einladung besuchte der parlamentarische Staatssekretär und Luft- und Raumfahrtkoordinator der Bundesregierung Siegmar Mosdorf den Forschungsflughafen. ✓

➤ Entwicklung des ländlichen Raumes

Mit Hilfe des Bundeslandwirtschaftsministeriums gelang es, den **Nordkreis Gifhorn** in den Genuss des europäischen LEADER-Programms zu bringen. Mit einer **millionenschwere Förderung** aus diesem Programm wird hier in den nächsten Jahren eine nachhaltige Entwicklung gefördert, die auf ein **Zusammenspiel zwischen Umweltschutz, Landwirtschaft und Tourismus** setzt. ✓

➤ Berufspendler in der Region

Die Umwandlung und **Erhöhung der Kilometerpauschale** in eine Entfernungspauschale ist von uns kräftig vorangetrieben worden und kommt nun vor allem den Berufspendlern in unserer Region zu gute. ✓

↗ Schacht Konrad und "Atomkonsens"

Wir haben für den Aussieg aus der Kernenergie gekämpft und uns für eine nachhaltige Förderung alternativer Energien eingesetzt. Der Konsensbeschluss sieht ein Endlager vor. Das heißt, dass nach menschlichem Ermessen auch kein schwach radioaktiver Müll im Schacht Konrad eingelagert werden kann. ✓

↗ Bundespolitische Themen vor Ort

Wir halten es für selbstverständlich, dass wir über unsere Arbeit regelmäßig informieren. Das tun wir durch unsere Berichte in Ortsvereinen, Unterbezirken und im Bezirk, aber auch durch zentrale Veranstaltungen zu Schwerpunktthemen. Es sein hier nur genannt:

- "Erster Peiner Wirtschaftsdialog" mit Bundeswirtschaftsminister Werner Müller
- Konferenz zur **Halbzeitbilanz** in Gifhorn mit Bundestags-Vizepräsidentin Anke Fuchs
- Konferenz zur **Rentenreform** in Wolfsburg, mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Gerd Andres
- **Betriebsrätekonferenz** in Braunschweig, ebenfalls PStS Gerd Andres
- Konferenz zur **Wirtschaftspolitik** in Helmstedt mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Siegmar Mosdorf

- Konferenz zur **Behindertenpolitik** in Wolfenbüttel mit dem Bundesbeauftragten für Behindertenpolitik Karl Hermann Haack
- **Ehrenamtsveranstaltung** in Wolfenbüttel.

↗ ...und Besucher aus der Region Braunschweig in Berlin

Seit dem Jahr 2000 liegt die Hauptstadt näher an der Region Braunschweig und das honorieren die Bürger mit einem wahren Besucheransturm. Kaum ein Tag verging, an dem nicht eine Gruppe aus unserer Region den Reichstag und seine Kuppel besichtigen und anschließend mit ihrem oder ihrer Abgeordneten diskutiert hat. Wir freuen uns über das Interesse, Politik und Politiker "live" zu erleben und wiederholen unsere Aufforderungen. Ruft uns rechtzeitig an. Wenn immer der Sitzungsplan es erlaubt, kommen wir zu einer Diskussion. ✓

↗ Internet für Alle – Bibliotheken ans Netz – Schulen ans Netz

Im Rahmen des Bundesprogramms "Internet für alle - 10 Schritte auf

dem Weg in die Informationsgesellschaft" sind auch in unserer Region viele öffentliche Einrichtungen mit Medienecken und Internetaanschlüssen ausgestattet worden. In allen Landkreisen im SPD-Berirk Braunschweig kamen viele öffentliche Bibliotheken in den Genuss dieses Programms. Durch viele Initiativen von SPD-Abgeordneten des Bundesstages und Landtages sowie von SPD-Rats- und Kreistagsfraktionen wurde vor Ort die Kampagne "Schulen ans Netz" umgesetzt und verstärkt. Damit wurde die Initiative des Bundeskanzlers in die Region getragen. ✓

↗ Kultur, Ehrenamt und Sport

Gerade den Einsatz des Einzelnen für die Gemeinschaft möchten wir noch stärker fördern und haben deshalb erstmals den "Generationenpreis für das Ehrenamt" für das beispielhafte Engagement von Bürgerinnen und Bürgern im Regierungsbezirk Braunschweig verleihen (Ehrenamtsveranstaltung in Wolfenbüttel). Wir haben uns zudem auf vielfältige Art für die **Förderung des Spitzensports** sowie der **Nachwuchsförderung** eingesetzt. Zudem haben wir einen Beitrag geleistet, dass die Ausstellung "Troia - Traum und Wirklichkeit", im Jahre 2001 in Braunschweig stattfinden wird. ✓

↗ Für Menschlichkeit und Toleranz

Wir sind zusammen mit vielen anderen Bürgerinnen und Bürgern auf die Straße gegangen und haben ein Zeichen gesetzt. Die überwältigende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger und wir SPD-Abgeordnete sind gegen Ausländerhass und für Menschlichkeit und Toleranz. Wir haben uns an Initiativen, Demonstrationen und Projekten beteiligt. Als Rednerinnen und Redner, als Sponsoren oder Organisatoren von Busreisen nach Berlin zur Demo gegen Rechts am 9.11.2000 am Brandenburger Tor. ✓

Bericht über die Arbeit der Gruppe der SPD-Landtagsabgeordneten im Bezirk BS für den Zeitraum vom 1.3.99 bis 31.03.01.

Nach der gewonnenen Bundestagswahl und der Wahl von Gerhard Schröder zum deutschen Bundeskanzler im Herbst 1998 mußte sich die SPD Landtagsfraktion neu konstituieren. Für die Braunschweiger Gruppe konnten wir Anfang 1999 erfreut feststellen, daß sie in allen Bereichen bis heute an Einfluß gewonnen hat. Wir stellten bis Dezember 1999 den Ministerpräsidenten, die Kultusministerin, den Staatssekretär in der Staatskanzlei und den Fraktionsvorsitzenden. Nach dem Rücktritt von Gerhard Glogowski im November 1999 wurde Sigmar Gabriel Ministerpräsident. In geheimer Wahl erhielt er alle 83 Stimmen der SPD Fraktion und zwei weitere aus den Reihen der Opposition. Renate Jürgens-Pieper wurde zur stellvertretenden Ministerpräsidentin berufen und Karl-Heinz Mühe wurde zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD Landtagsfraktion gewählt.

Im Präsidium des Landtages ist die Gruppe durch drei SchriftführerInnen vertreten. Weiterhin stellen wir drei Ausschußvorsitzende und zwei Arbeitskreisvorsitzende.

Innerhalb der SPD - Landtagsfraktion tritt die Gruppe der Braunschweiger Abgeordneten geschlossen auf und bietet so ein einheitliches Bild.

Im Berichtszeitraum, hauptsächlich im Jahr 2000 und im 1. Quartal 2001, beschäftigte sich die Gruppe bei ihren Sitzungen mit folgenden Themen:

- a) Ziele der Europapolitik im Lande Niedersachsen, Wolfgang Senff
- b) Bericht aus der Bezirksregierung, Dr. Axel Saipa
- c) Wirtschaftsförderung mit GA Mitteln und Ziel II Mitteln, Peter Fischer
- d) Verkehrsvorhaben auf Straße und Schiene im Großraum BS, Dr. Jagl
- e) Förderung des ländlichen Raums nach dem Programm PRO LAND, Klaus Wendeling
- f) Einführung der Regionalstadtbahn im Großraum BS,
- g) Schulstrukturreform in Niedersachsen, Renate Jürgens - Pieper
- h) Sportstättenförderung Referent: Karl - Heinz Mühe, MdL
- i) Wirtschafts - und verkehrspolitische Ziele der Regierung

Referentin; Dr. Susanne Knorre Wirtschaftsministerin

j) Bildung der Region Braunschweig

Referenten: G. Glogowski, R. Trinius, J. Buchheister u.a.

- k) Vorbereitung von Regionalkonferenzen, K-H Mühe u. R.-D. Backhaus

Im Frühjahr 2001 wird die Gruppe 8 Bereisungen in die Wahlkreise im Bezirk durchführen und unsere Kommunalpolitiker bei ihren Aktivitäten in der Kommunalwahl unterstützen.

Dem gleichen Ziel dienen drei Regionalkonferenzen in Braunschweig, Salzgitter und im Harz. Bei diesen Konferenzen sollen die Stärken und Schwächen der jeweiligen Region diskutiert und analysiert sowie Lösungswege entwickelt werden.

Die Hauptthemen der zukünftigen Arbeit werden folgende sein:

- Bildung der Region Braunschweig
- Einführung der Regionalbahn Braunschweig mit Bildung eines Verkehrsverbundes im Großraum BS
- Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur auf der Straße und Schiene
- Wirtschafts- und Forschungsförderung

Im Juni 1999 wurde Peter Kopischke zum Landrat des Landkreises Goslar gewählt. Somit hat unsere Gruppe ein weiteres Mitglied verloren - erneut rückte eine Genossin aus einem anderen Bezirk nach.

Wenn unsere Spitzenkandidaten in Salzgitter (Oberbürgermeister) und in Gifhorn (Landrätin) sich bei der Kommunalwahl am 9. 9. 2001 durchsetzen, verliert die MdL -Gruppe erneut zwei Mitglieder. Die "Nachrücker" würden wiederum nicht aus unserem Bezirk kommen.

Es ist aus meiner Sicht dringend erforderlich, daß bei Besetzung der Landesliste für die Landtagswahl im Jahre 2002 dieses Problem gesehen und berücksichtigt wird.

Karl - Heinz Mühe, MdL

Sprecher der SPD - Landtagsabgeordneten
im SPD - Bezirk Braunschweig

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen/ Betriebsorganisation in der SPD

Rechenschaftsbericht 1999 - 2001

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen hat eine gute Zeit hinter sich.

Wir haben uns in zentralen Politikfeldern zu Wort gemeldet und auch Gehör gefunden.

Es hat sich gelehnt, dass wir unsere Linie durchgehalten und den engen Kontakt mit den Gewerkschaften gehalten haben.

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen hat die Arbeit der Regierungen und Abgeordneten im Bund und Land konstruktiv, aber auch kritisch begleitet.

Wir haben in der Partei Druck gemacht und u.a. Beschlüsse für eine gerechte Ausgestaltung der Rentenreform herbeigeführt.

Die von uns gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Sozialverbänden vorgetragene Kritik, besonders an einer zu starken Absenkung des Rentenniveaus und an einer mangelhaften Förderung der betrieblichen Altersversorgung war erfolgreich.

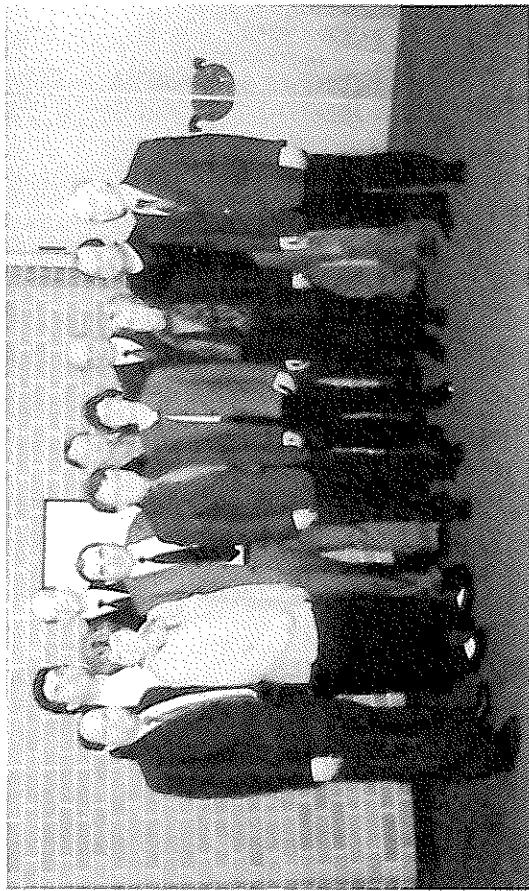
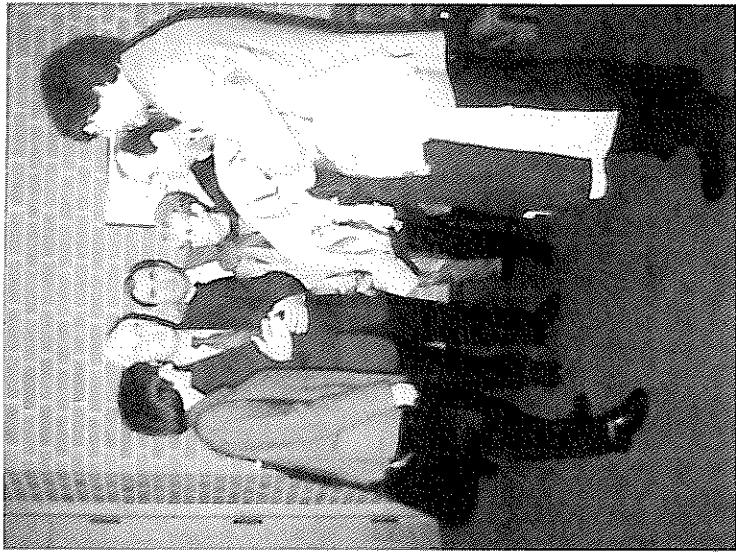
Wir halten jedoch an unserer grundsätzlichen Kritik der Rentenreform fest: Die Entlastung der Unternehmen bei gleichzeitiger Belastung der Beschäftigten.

Der Kompromiss zur Betriebsverfassungsreform ist eine tragfähige Grundlage für die weiteren parlamentarischen Beratungen.

Der Trend zu mitbestimmungsfreien Zonen muss gestoppt werden.

Wir sehen für die parlamentarischen Beratungen insbesondere Verbesserungsbedarf bei der Mitbestimmung der Betriebsräte bei der Einstellung befristet Beschäftigter. Dem zunehmenden Missbrauch befristeter Arbeitsverhältnisse muss begegnet werden, da besonders jungen Menschen eine vernünftige Lebensplanung erschwert wird.

Auf der AfA-Bezirkskonferenz 1999 in Wolfsburg wurde der Genosse Holger Fricke als Bezirksvorsitzender wiedergewählt. Zu stellvertre-



Betriebsgruppe Post/Telekom/Postbank im SPD-Bezirk Braunschweig

Veranstaltungen 1999/2001:

18. – 23. 09. 1998 Reise der Betriebsgruppe nach Kühlungsborn
23. – 25. 10. 1998 Betriebsgruppenkonferenz in Freudenberg
19. 01. 1999 Betriebsgruppenkonferenz in Braunschweig
10. 03. 1999 Postkonferenz in Wolfenbüttel mit Wilhelm Schmidt und Walter Scheurle
23. 04. 1999 Mahl der Arbeit in Papenburg
29. 04. 1999 Gespräch über Post beim OV Bierenrode
18. 05. 1999 Infoveranstaltung zur Europawahl in Hannover
10. 09. 1999 AfA-UB-Konferenz in BS
10. – 15. 10. 1999 Reise der Betriebsgruppe nach Schellerhau/Erzgebirge
22. – 24. 10. 1999 Postkonferenz im Hertlingshausen/Pfalz
30. 10. 1999 AfA-UB-Klausurtagung im DPG-Haus BS, Viewegstraße
27. 11. 1999 AfA-Bezirkskonferenz in Wolfsburg
29. 01. 2000 Neujahrsempfang für Arbeitnehmer in Niedersachsen in Verden
17. – 19. 03. 2000 AfA-Bundeskonferenz in Bielefeld, Olmar Schreiner wird als Nachfolger von Rudolf Dreßler gewählt, Holger Fricke für Elfriede Lehmburg als Beisitzer
24. – 26. 03. 2000 Seminar der Betriebsgruppe mit der Ortsverwaltung BS der DPG in Walsrode
18. 04. 2000 Gespräch mit Carola Reimann, MdB in der Viewegstraße
05. 05. 2000 Mahl der Arbeit in Buxtehude
21. 06. 2000 Betriebs- und Personalrätekonferenz in BS mit Gerd Andres, MdB
18. 09. 2000 Eisenbahnerkonferenz mit Sigmar Gabriel in BS
19. 09. 2000 AfA-UB-Konferenz mit Olmar Schreiner in Peine
23. – 28. 09. 2000 Reise der Betriebsgruppe nach Hertlingshausen/Pfalz
06. – 08. 10. 2000 Betriebsgruppenkonferenz in Stenden (NRW)
28. 10. 2000 AfA-UB-Klausurtagung im DPG-Haus, Viewegstraße
07. 11. 2000 1. Arbeitnehmergespräch der AfA in BS
23. 11. 2000 Gespräch beim SPD-Parteivorstand in Berlin über die geplante Postkonferenz 2001 mit Gerhard Grüttemann und Hans-Peter Schacht

23. 01. 2001 Jahreshauptversammlung mit Gerhard Glogowski, Neuwahl des Vorstandes des Bezirks Braunschweig

Aus der Aufstellung unserer Veranstaltungen (sowie 15 Vorstandssitzungen) geht hervor, daß ein fleißiger Vorstand in den letzten Jahren sehr aktive Betriebsgruppenarbeit im Bezirk Braunschweig geleistet hat. Stark erschwert wurde unsere Arbeit durch die ständige Umorganisation in den Betrieben der Post und der Telekom AG und ihren Töchtern. Außerdem belastete unsere Mitarbeiter und Vertrauensleute die Diskussion in der DPG über die Neugründung von ver.di. Trotz dieser Probleme haben wir nicht nur in der Betriebsgruppe freundschaftlich unsere Aufgaben gemeinsam erledigt, sondern auch in der AfA im Unterbezirk und im Bezirk aktiv mitgeholfen, die Arbeit auszubauen und vor allem den Kontakt zu den Gewerkschaften mit neuem Leben zu erfüllen. Das dabei der Schwerpunkt auf der Zusammenarbeit mit der DPG lag, liegt an unserem guten Verhältnis zu unserer Gewerkschaft.

So ist der stellvertretende Bezirksvorsitzende Wilfried Seeger aktives Mitglied in unserem Vorstand und stellvertretender Bezirksvorsitzender der AfA und Mitglied des AfA-Bundesausschusses. Der Vorsitzende der DPG-Ortsverwaltung, Detlef Gafert, ist ebenfalls in unserem Vorstand und im AfA-Unterbezirksvorstand aktiv. Beiden Freunden gilt ein besonderer Dank. In dieser Reihe stehen weitere Funktionäre der DPG, ohne deren Hilfe wir nicht hätten arbeiten können.

Selbstverständlich ist, daß unsere Mitarbeiter sich aktiv an der Parteiarbeit in den Gliederungen und Ortsvereinen beteiligen.
Unsere Genossen sind in folgenden Ortsvereinen organisiert und können jederzeit zu Fragen von Post- und Telekom angesprochen werden:

Detlef Gafert:
Jürgen Bendig:
Christian Baum:
Wilfried Seeger:
Werner Vollbrecht:
Torsten Ohms:
Eckhard Becker:
Erich Böttger:
Jürgen Wolf
und Manfred Richter:
Horst Müller:
Bienrode/Waggum/Bevenrode
Salzgitter-Üfingen
Salzgitter-Lebenstedt
Schöningen
BS-Fallerslebertor
WF-Heinrichstadt/Juliusstadt
BS-Weststadt
Wendeburg
Wolfsburg
BS-Südstadt

Dietrich Jedamski:
Hans Lange:
Peter Bartels:
Gerhard Grüttemann:

Wolfenbüttel
BS-Fallerslebertor
BS- Heidberg
BS-Timmerlah/Stiddien/Geitelde

Allen, die mit uns gearbeitet haben und die uns unterstützt haben sage ich hiermit ein herzliches Dankeschön. Wir haben mit Freude unserer Partei gedient. Dem Bezirksvorsitzenden der AfA, Holger Fricke, gilt dabei ein besonderes Dankeschön. Er war bei unseren Aktivitäten immer dabei. Ohne das Bezirksbüro hätten wir so viel nicht tun können - vielen Dank!

Gerhard Grüttemann, 21. 01. 2001

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen im Bezirk Braunschweig Bericht über die ASF-Arbeit 1999 - 2001

„Mehr Frauen in die Kommunalpolitik“

Unter diesem Schwerpunkt u. a. hat die ASF des Bezirks Braunschweig insbesondere im zurückliegenden Jahr gearbeitet, Veranstaltungen durchgeführt und in Zusammenarbeit mit der SPD-Bezirksgleichstellungskommission Veranstaltungen durchgeführt. Zur Kommunalwahl 2001 sollen Frauen gezielt ermutigt werden, sich kommunalpolitisch zu engagieren, auch für die Spitzenposition einer „eingleisigen“ Bürgermeisterin. Es gibt im Bezirk Braunschweig eingleisige Bürgermeisterinnen und es müssen noch viel mehr werden.

Der ASF-Bezirksvorstand hat im zurückliegenden Berichtszeitraum 12mal getagt und sich folgende Arbeitsschwerpunkte gesetzt:

Informationsaustausch über Ziele der ASF und Aktionen der ASF in den Unterbezirken:

- Austausch und Informationen zwischen ASF-Unterbezirken und ASF-Bezirk, seit 1999
- Unterstützung - wenn gewünscht - der örtlichen ASF-Arbeit
- Gespräche und Zusammenarbeit mit dem SPD-Bezirk
- Diskussionsveranstaltung „Mehr Beschäftigung durch Europa - Chance der Illusion“ mit Karin Jörns, MdEP (Bremen) und Rosemarie Wemheuer, MdEP (Braunschweig), 25. 2. 99
- Zusammenarbeit mit der Gleichstellungskommission des SPD-Bezirks Braunschweig im Rahmen eines Wochenendseminars: Umsetzung des Quotierungsbeschlusses der SPD, Gleichstellung und Gleichstellungspolitik, Mögliche Zusammenarbeit von Gleichstellungskommission und ASF, 29./30. Okt. 1999; Seminarvorbereitung für Interessentinnen Kandidatur für „eingleisige“ Bürgermeisterinnen



Heiner Bartling und Gerhard Glogowski

Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe auf allen Ebenen - gender mainstreaming

ASF-Bezirkskonferenz am 17. März 2000
„Waffendienst für Frauen?“ - Referat: Anni Brändt-Elsweier, MdB
Vorstandswahlen

Diskussionsangebot bzw. ASF-Seminare mit frauenrelevanten Themen

- Wochendseminar, April 1999 „Frauen stellen sich dar!“

• Wochenendseminar „Mehr Frauen in die Kommunalpolitik“ - Rhetorik-Seminar: „Jetzt rede ich!“, April 2000
Teilnahme der Braunschweiger Delegierten an der 14. ASF-Bundeskonferenz in Potsdam, 19. - 21. Mai 2000

• Veranstaltung der Gleichstellungskommission des SPD-Bezirks mit der ASF-Bezirk: „Engagierte Frauen braucht die Kommunalpolitik“, mit Heiner Bartling (Innenminister des Landes Niedersachsen), Helene Hofmann, hauptamtliche Bürgermeisterin, Bad Sachsa, Karin Schulz, stellv. Landrätin im Landkreis Wolfenbüttel, Ratsfrau Inge Kückelhan, 15. Juni 2000

• Öffentliche Veranstaltung: „Deutschland erneuern - Rentenreform 2000“ mit Leyla Onur, MdB und Ulla Schmidt, MdB, stellv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, 15. September 2000

• Arbeit im Vorstand zur Rentendebatte mit den Schwerpunkten:
„Gewerkschaftliche Position“ - Holger Fricke, Nov. 2000
„Alterssicherung - Altersversorgung von Frauen“ - Leyla Onur, Januar 2001

• Arbeit im Vorstand zum Thema: „Situation der Ausländerinnen, seit 1999, mit dem Ziel der Information
• Arbeit im Vorstand zum Thema: Freiwilliger Waffendienst von Frauen, 2000

ASF-Bezirksvorstand:
Seit März 1999 gehören folgende Frauen dem ASF-Bezirksvorstand an:

Annegret Ihbe, Braunschweig, Vorsitzende

Gabriele Anton, Helmstedt, Stellvertreterin
Barbara Lex, Osterode, Stellvertreterin

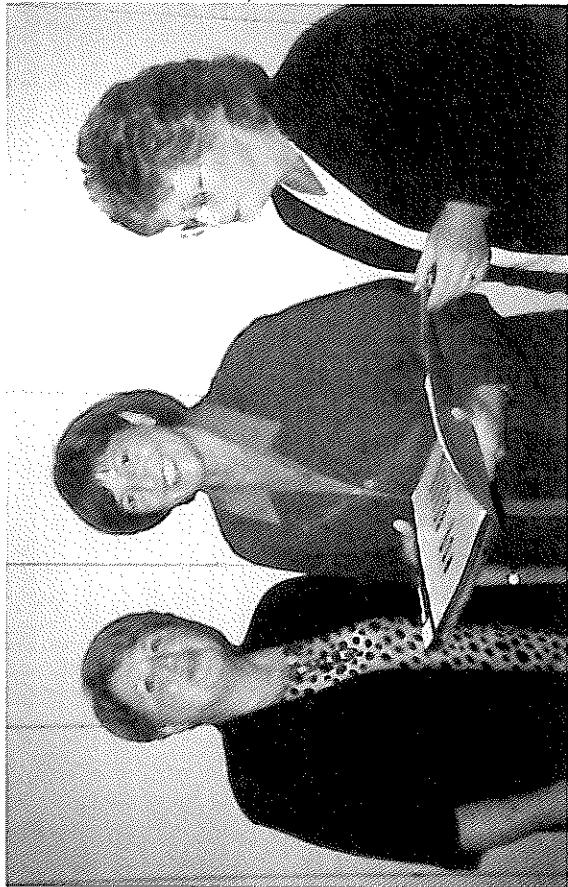
Beisitzerinnen:

Erika Brakel, Osterode
Hella Furtwängler, Osterode
Edelgard Hahn, Helmstedt
Susanne Hahn, Braunschweig
Christa Scholz, Salzgitter
Annette Haase, Peine
Margret Hoffmann, Helmstedt

Dem ASF-Landesvorstand gehören an:
Gabriele Anton, stellvertretende Vorsitzende
Annegret Ihbe, Beisitzerin

Die ASF des Bezirks Braunschweig wird weiterhin kämpfen: insbesondere dafür, daß nicht nur viele Frauen in die Kommunalparlamente einziehen, sondern auch an der Spitze hauptamtliche Bürgermeisterinnen sind.

Für den ASF-Bezirksvorstand:
Annegret Ihbe
Januar 2001



Leyla Onur, Ulla Schmidt und Annegret Ihbe

Bericht der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten im SPD Bezirk Braunschweig 1999-2001

Neue Zeiten denken - Jusos im Bezirk Braunschweig

Die vergangenen zwei Jahre standen im Juso Bezirk Braunschweig im Zeichen der Verbands-modernisierung. In Zeiten schwindender Bindewirkung von Parteien müssen neue Wege sowohl im Rahmen der Zielgruppenansprache als auch der programmatischen Erneuerung beschritten werden.

Die Jusos im Bezirk Braunschweig haben ihre Arbeit in diesem Zusammenhang bereits in den letzten fünf Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Neben den kontinuierlichen Bemühungen, Kampagnen-orientierung, Projektarbeit und Professionalisierung zu stärken und aufzubauen, haben wir im Rahmen der Netzwerkstrategie die sogenannte Initiativenorientierung entwickelt. In den einzelnen Arbeitsfeldern des Juso-Bezirks gestaltet sich dies in der Rückschau auf die vergangenen zwei Jahre wie folgt:

Programmatische Erneuerung und politische Professionalisierung

Aufgrund der umwälzenden Veränderungen in der Arbeitswelt und den steigenden Anforderungen durch die Informationsgesellschaft, muss sich politische Programmatik in enormem Masse erneuern um Zukunftsfähig zu werden. Dies funktioniert nur durch Professionalisierung der Politikentwicklung. Schlüssel stellen die beiden Säulen politische Bildungsarbeit und wissenschaftlich fundierte, ergebnisoffene Diskussionsstrukturen dar.

In der Bildungsarbeit wurden daher in den letzten zwei Jahren die Teamerinnenschulungen und die kommunalpolitischen Akademie zusammengefasst (wurden nun zur Kommunalpolitischen Akademie entwickelt). Die Teamerinnenschulungen bestehen aus TS I (Intensivschulung zu spezifischen Themen), TS II (Orga-Schulung), und TS III (Rhethorik und Kommunikationstraining). Die kommunalen Schulungen bestehen aus Kommunales 1 (Kommunal- und Haushaltrecht) und Kommunales 2 (Kommunalpolitische Praxis). Das Bildungsprogramm wird zum Großteil mit externen ReferentInnen gespeist.

Das Bildungsprogramm umfasst momentan folgende Schulungen:

- Teamerinnenschulung I (Intensivschulung zu spezifischen Themen)
- Teamerinnenschulung II (Orga-Schulung)

- Kommunalpolitische Akademie - Seminar 1: (Kommunal- und Haushartsrecht)
- Kommunalpolitische Akademie - Seminar 2: (Kommunalpolitische Praxis)
- Kommunalpolitische Akademie - Seminar 3: (Kommunikationstraining)

Die Weiterentwicklung der Programmatik findet in Projektform statt. In den letzten zwei Jahren waren hier insbesondere die Bereiche Zukunft der Arbeitsgesellschaft (ÖBS, Arbeitsversicherung etc.), Zukunft des Bildungssystems (Duales Ausbildungssystem, Schulstruktur, Hochschulereform), Zukunft der Sozialdemokratie (Blair-Schröder-Papier, Jospin-Papier, SPE etc.), Solarer Umbau (Atompolitik und solare Energiewende) und Außen- und Sicherheitspolitik (Kosovo und EU) die wichtigsten Arbeitsfelder. Tagespolitisch eingeschwungen bleibt der Juso-Bezirk neben dem verbandsöffentlichen Bezirksvorstand durch die beiden einzigen weiteren Gremien, der Koordinierungsgruppe Innen und der Koordinierungsgruppe Außen.

Im Rahmen der programmatischen Erneuerung sind neben diversen Initiativen eine Reihe von Anträgen zu Parteitagen und Juso-Landes und Bundesebene entstanden.

Im Rahmen der Erneuerung des Verbandes spielt selbstverständlich ebenfalls die Kampagnenorientierung eine gewichtige Rolle. Neben dem Rundbrief, der die Funktionäre kontinuierlich mit den wichtigsten organisatorischen und politischen Informationen versorgt, nutzen wir stark die Informationsdienste des Bundesverbandes. Professioneller Außenauftritt bei Materialien und hauptamtlich vorbereite Veranstaltungen, sowie beständig aktuelle Internetpräsenz sind hierbei selbstverständlich.
Arbeitsweise und Zielgruppenansprache

Falls Jusos je wirkliche Massenverband waren, so sind sie es heute sicher nicht mehr und alle Rahmendaten sprechen dagegen, dass sie es in dem existierenden gesellschaftlichen Klima in näherer Zukunft wieder werden könnten. Dies heisst aber nicht, den Kopf in den Sand stecken zu müssen - die Antwort des erneuerten Juso-Verbandes hierauf lässt sich unter der Formel des "schlanken Verbandes" zusammenfassen: Verschlankung des Verbandsapparates zugunsten vieler kleiner aber hochkommunikativer Netzwerke.

Dieses haben wir in den letzten zwei Jahren versucht, wie folgt umzusetzen: Projekte der Jusos vor Ort, werden bei Möglichkeit in Form

24.05.2000 18.00 Uhr

Stadthalle Braunschweig

von sogenannten "Initiativen" organisiert und vom Bezirk unterstützt. Das heißt, nicht mehr Jusos alleine arbeiten an der Umsetzung politischer Forderungen, sondern in Netzwerken mit anderen. Dies ist aber keine "Bündnisarbeit" des alten Stils - vor allem kommt es hierbei auf persönliche Netzwerke, Netzwerke zu und zwischen Einzelpersonen an. Einige Erfolgsbeispiele haben sich hierbei bereits eingestellt - der Umbau hin zur Initiativenorientierung soll verbreitert und fortgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang hat der Juso-Bezirk Braunschweig mit anderen Organisationen zusammen das "Forum Neue Zeiten denken" ins Leben gerufen, in dem Einzelpersonen aus dem gesamten Bereich der Jugendarbeit, von Schülerbewegung über Gewerkschaftsjugend, Kirchenjugend, Falken und Jugendringen organisiert sind und an einzelnen Projekten unter dem Dach des "Forum Neue Zeiten denken" politische Lobbyarbeit für die Junge Generation betreiben. Das "Forum Neue Zeiten denken" startet Ende März/Anfang April in diesem Zusammenhang den Jugendaktionspreis "The Future is you!" im Regierungsbezirk Braunschweig, der auch das zentrale Instrument der Jusos im Kommunalwahlkampf darstellen wird.

Im Bereich der Zielgruppenansprache stellten darüber hinaus die Juso-SchülerInnenGruppen im Bezirk eine wichtige Basis dar. Der Juso-Bezirk hat in den vergangenen zwei Jahren daher 4 Juso-SchülerInnen Seminare und mehrere SV-Seminare veranstaltet. Daneben waren auch der Landes-SchülerInnen-Kongreß und der BundesSchülerInnenKongreß wichtige Instrumente, an denen der Juso Bezirk Braunschweig jeweils mit den höchsten Anmeldezahlen und Personal (die Braunschweigerin Alina Bothe ist BundesSchülerInnenVerantwortliche) beteiligt war.

Als ein weiteres erfolgreiches Instrument hat sich in diesem Zusammenhang auch eine "altbewährte" Veranstaltung erwiesen, die bis Mitte der 90er vom Juso-Bundesverband ausgerichtet und in 2000 vom Juso-Bezirk Braunschweig neu ins Leben gerufen wurde: das Juso-Pfingstcamp. Im Jahre 2000 hat dies unter großer Beteiligung auch von Nicht-Jusos im Bettmar stattgefunden und soll auch in 2001 wieder durchgeführt werden.

Wahlen und Konferenzen



JusS

Juso-SchülerInnen

Neben einzelnen Veranstaltungen, wie z.B. der Veranstaltung zur Zukunft der Sozialdemokratie mit dem Juso-Bundesvorsitzenden Benjamin Mikfeld haben selbstverständlich auch zwei Bezirkskonferenzen im Forum Peine und in der Hochschule für Bildende Künste in Braunschweig stattgefunden, bei denen für die 4. bzw. 5. Amtsperiode der Juso Bezirksvorsitzende Romec Manns (PE) im Amt bestätigt worden ist.

Mitglieder der Vorstände waren/sind

1999/2000: Sebastian Bartzsch-Raabe (WOB), Alina Bothe (BS), Jörn Domeyer (kooptiert für Kommunales / HE), Nadine Erhardt (WOB), Nicola Hongsang (GS), Jörn Leidecker (SZ), Romec Manns (Vorsitzender / PE), Henner Schläfke (BS), Jeanette Siegert (BS), Arlett Wallwein (PE), 2000/2001: Alina Bothe (BS), Nadine Erhardt (WOB), Sierk Fiebig (SZ), Wiebke Fiebig (SZ), Nicola Hosang (GS), Ines Kopischke (GS), Romec Manns (Vorsitzender / PE), Henner Schläfke (BS), Lars-Patrick Wenzel (WOB)

Des Weiteren lagen zwei Landesvorstände in der Zeit zwischen 1999 und 2001 in denen der Bezirk Braunschweig jeweils als einziger Bezirk 3 (alle anderen 2) Mitglieder stellte. Der Juso-Landesvorsitzende Thilo Scholz wurde ebenfalls von Braunschweig vorgeschlagen.

Braunschweiger Mitglieder im Juso-Landesvorstand waren/sind
1999/2000: Katrin Hermann (PE), Jan Langehein (SZ), Lars Patrick Wenzel (WOB)
2000/2001: Sebastian Bartzsch-Raabe (WOB), Maren Bode (PE), Björn Bremcke (PE).

Auf Bundesebene hat der Juso Bezirk Braunschweig neben anderen Bezirken für den Vorsitz Benjamin Mikfeld (WW), für die Bundesgeschäftsleitung Jessica Wischmeier (MR) und für den Stellvertretenden Bundesvorsitz Bettina Kohlrausch (MR) vorgeschlagen. Alle unserer KandidatInnen haben sich durchgesetzt. Darüber hinaus ist seit Anfang 2000 die Braunschweigerin Alina Bothe Bundes SchülerInnenverantwortliche und als solche kooptiertes Mitglied im Juso-Bundesvorstand.

Romec Manns

Bericht 1999 - 2001 AGS Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD

Der AGS kommt in dieser Zeit der SPD-Mehrheiten in Bezirk, Land und Bund ein besonderer Stellenwert zu. Die Partei hat zwei Kernaufgaben zu erfüllen, will sie ihre politische Gestaltungsmehrheit und die Regierungsverantwortung erhalten:

1. Wer die Mitte für sich gewinnen will, also dort seinen Platz behaupten will, wo Mehrheiten gewonnen werden, der muss Wirtschaftskompetenz nachweisen.

2. Wirtschaftskompetenz beweist die SPD durch ihre Mittelstandspolitik, da der Mittelstand mehr als 2/3 aller Arbeitsplätze und 80 % aller Ausbildungssätze zur Verfügung stellt und damit die tragende Säule der deutschen Wirtschaft ist.

Die AGS als **Mittelstandsvereinigung in der SPD** kann für die Partei Wirtschaftskompetenz in besonderer Weise kommunizieren. Zum einen bündeln wir themen- und mittelstandsspezifische Interessen von Unternehmerinnen und Unternehmern. Zum anderen bieten wir Unternehmerinnen und Unternehmen auch außerhalb der Partei Ansprech- und Mitherrungsmöglichkeiten.

Zu den Wirtschaftsthemen, die im Berichtszeitraum im Vordergrund standen, haben wir als AGS sowohl der Partei immer wieder Lösungsvorschläge angeboten, als auch außerhalb der Partei die getroffenen SPD-Entscheidungen verdeutlicht.

– An der Änderung des Gesetzes gegen **Scheinselbständigkeit** haben wir massiv mitgewirkt und sogar Eingaben in den Petitionsausschuss im Bundestag gesandt.

– Die Änderung der **Unternehmenssteuerreform** haben wir positiv begleitet und Verbesserungen erreicht, z.B. Erhalt des halben Steuersatzes bei Betriebsveräußerungen.

– Zur **Rentenreform** hat die AGS der Partei einen echten Zukunfts-schritt vorgeschlagen, der weit über den bisherigen Gesetzes-vorschlag hinausgeht.

– Die Änderung des **Betriebsverfassungsgesetzes** haben wir unterstützt, aber auch notwendige Veränderungen der Gesetzesvorlage verlangt.

– Zur **Teilzeitarbeit** haben wir ebenfalls ein eigenes Papier erarbeitet, um zusätzliche Kosten im Mittelstand zu vermeiden.

Die Liste dieser Diskussionsbeiträge und der eigenen Entwürfe lässt sich beliebig erweitern.

Darüber hinaus hat die AGS im Bezirk Braunschweig eine ganze Reihe öffentlicher **Diskussionsveranstaltungen** durchgeführt, z.B.

- mit Rosi Wemheuer über die „Europa-Kommision und das Europaparlament“,
- mit Herrn Fürst/ Nord LB über „Der Mittelstand – die tragende Säule der deutschen Wirtschaft“ und
- mit Staatssekretärin Barbara Hendricks über „Die Unternehmenssteuerreform“.

Jedes Jahr veranstaltet die AGS eine Klausurtagung am **Tankumsee**, zu der auch Nicht-SPD-Mitglieder eingeladen werden. Dabei haben wir uns mit den Themen beschäftigt

- das Schröder-Blair-Papier und das wirtschaftspolitische Konzept der Bundesregierung,
- Wirtschaftsförderung und Mittelstand und

– Unternehmens-Rating als Instrument der Zukunftssicherung der Unternehmen.

Bei unseren **Betriebsbesichtigungen** besuchten wir die Landmaschinenfabrik Stoll, die deutsche Luft- und Raumfahrtgesellschaft sowie die neu gebaute VW-Halle in Braunschweig.

Die AGS vertritt diskussionsfreudig die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der SPD. Als Vertretung der Selbständigen, der Handel- und Gewerbetreibenden, der Handwerker, der Freiberufler, der Unter-

nehmerinnen und Unternehmer bündelt die AGS die wirtschaftspolitischen Interessen des Mittelstands.

Der Bezirk AGS Braunschweig ist auch auf Landesebene im Vorstand gut vertreten. Auf Bundesebene stellt der Bezirk Braunschweig den stellvertretenden Vorsitzenden der AGS. Am 09.10.99 wurde Prof. Dr. Michael Hamann mit einem sehr guten Wahlergebnis in Berlin wiedergewählt.

Die Zusammenarbeit zwischen AGS und SPD erfolgt auf den unterschiedlichsten Ebenen. Wenn es darum geht, die Wirtschaftsförderung in Braunschweig zusammen mit SPD und DGB zu verbessern, ist die AGS dabei, ebenso in Berlin im SPD-Pilotprojekt „Zukunft von Selbstständigkeit und Mittelstand“. Diese Zusammenarbeit nach innen und die Wirkung der AGS nach außen gilt es weiter zu stärken und auszubauen. Dazu bietet die AGS sich als eine gut organisierte, selbstbewusste Organisationsplattform an.

Die Gründung der AGS Osterode, die mit viel Enthusiasmus und Umsicht von Hans-Peter Lindenbergs geführt wird, hat unsere Organisationsdichte im Bezirk weiter erhöht. Zum ersten Mal können wir deshalb auf diesem Bezirksparteitag daher auch Vertreter der AGS Osterode begrüßen.

Michael Hamann

Arbeitsgemeinschaft 60-plus

Wie bereits in der Vergangenheit dargestellt, wird die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft vor Ort entsprechend der strukturellen Gegebenheiten in unserem Bezirk im wesentlichen auf Unterbezirksebene geleistet. Nur vereinzelt gibt es Seniorenbearbeitung in den Ortsvereinen.

Der Bezirksvorstand sieht seine Aufgabe vorrangig in den Bereichen Koordination und Information. Koordiniert werden bundesweite Aktionen zu Schwerpunktthemen oder aus aktuellem Anlaß.

Im Berichtszeitraum bestimmten drei Themen unsere Arbeit. Naturgemäß war die Rolle der Senioren in der Gesamtgesellschaft, das Miteinander der Generationen in einer sich wandelnden Welt, im Internationalen Jahr der Senioren Schwerpunkt der Darstellung und Diskussion. Mit den diesbezüglich demographischen Fakten korrelieren die Probleme der Alterssicherung sowie der zunehmenden Bedeutung demenzialer

Erkrankungen und der angemessenen Versorgung von unmittelbar und mittelbar Betroffenen.

Die Erörterung der geplanten Rentenreform führte im Ergebnis zur Be-schlußfassung im Bezirksvorstand, wonach der z. Zt. im Gesetzgebungsverfahren befindliche Entwurf als nicht zukunftsfähig und mit schweren inhaltlichen Mängeln behaftet abzulehnen sei. Diese Stellungnahme wurde auch im Bundesausschuß der Arbeitsgemeinschaft vertreten und trug dazu bei, eine vom Bundesvorsitzenden eingebrachte Resolution mit positivem Tenor zu verhindern. Besonderer Wert legt der Bezirksvorstand auf die Feststellung, daß die in diesem Zusammenhang geführte Sachdebatte intern geführt und somit nicht gegen das Loyalitätsgebot verstößen wurde

Die Thematisierung der Demenz-Problematik führte erkennbar zu mehr Sensibilisierung einerseits, zeigte aber auch den wachsenden Informations- bzw. konkreten Beratungsbedarf auf. Die Vielschichtigkeit wurde erkannt. Ungelöste Finanzierungsfragen, Sicherung menschenwürdiger Versorgung im stationären Bereich und vor allem wirkungsvolle Unterstützung pflegender/betreuernder Angehöriger - über 70 % demenziell Kranker werden von Angehörigen gepflegt, die auch kostengünstigste Alternative zur stationären Unterbringung - müssen angepackt werden!

Anstöße zur Zusammenarbeit mit örtlichen Selbsthilfegruppen wurden gegeben. Arbeitsgruppen auf UB-Ebene befassen sich mit dem Komplex.

Eine Würdigung des Engagements von Partei-Senioren anlässlich der Bewältigung von Organisationsaufgaben, z. B. während der Wahlkämpfe, sei den Unterbezirken vorbehalten.

Günter Engelhardt

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen Bezirk Braunschweig

Vorsitzender: Bernd Kaufmann, Danziger Str. 2a, 38108
Braunschweig
Tel.: 05309/2825 - Fax:05309/911782 - Mobil:0177/5263185 - E-Mail:
kaufmann-bs@t-online.de

Bilanz der ASJ-Arbeit – Berichtszeitraum: 1999 – 2001 (Januar)

Auch in den vergangenen zwei Jahren arbeiteten die Mitglieder der ASJ im Bezirk intensiv für die Durchsetzung einer sozialdemokratisch geprägten Rechtspolitik auf Landes- und Bundesebene.

Schwerpunkt war im Berichtszeitraum die rechtspolitische Begleitung der von der Bundesregierung beabsichtigten Justizreform, die speziell die Reformierung des Zivilprozesses zum Gegenstand hatte. Die ASJ hat den Reformprozess vor allem auf Bundesebene aktiv unterstützt. Befürwortet wurde in diesem Zusammenhang insbesondere der Weg hin zu einem dreistufigen Gerichtsaufbau, der die Berufung bei den Oberlandesgerichten konzentrieren sollte und die Abschaffung der Streitverteilrevision zum Gegenstand hat. Kritisiert wurde allerdings die dahingehende Beschränkung, dass neuer Tatsachenvortrag in der Berufung nicht zugelassen werden solle. Insofern wurde auf eine Änderung des Regierungsentwurfes hingewirkt. Das Gesetzgebungsverfahren dauert noch an.

Begrüßt wurde, dass die Bundesregierung nach amfänglichem Zögern nunmehr doch beabsichtigt, die Zuwanderung gesetzlich zu regeln; die ASJ hatte unlängst einen ausformulierten Gesetzentwurf vorgelegt. Die Bemühungen um eine Reform der Juristenausbildung, die insbesondere den Wegfall des Referendariats zum Gegenstand hatte, ist derzeit ins Stocken geraten. Auch hier wird die ASJ darauf hinwirken, dass es nicht bei lediglich "kosmetischen" Lösungen verbleiben wird.

Im Rahmen der Bezirkskonferenz 1999 konnte Justizminister Wolf Weber zu den vorgenannten Themen und den rechtspolitischen Schwerpunkten der Landesregierung sachkundig referieren.



Bezirkskonferenz 60Plus

Im Bezirk beteiligten sich die Mitglieder der ASJ maßgeblich an Veranstaltungen zu den Themen Mediation und Migration. Zum Thema "Integration und Migration" und deren rechtlicher Verankerung im Grundgesetz, in der Nds. Verfassung und in der EU fand unter Federführung des Arbeitskreises Ausländer in der SPD ein Seminar in Wolfsburg statt, an dem sich die ASJ mit einem Referat beteiligte.

Künftige Schwerpunkte der Tätigkeit der ASJ werden vor allem die Justizreform und das Europarecht sein. Gerade im Europarecht hat die in Nizza beschlossene "Charta der Grundrechte der EU" neue Chancen der europäischen Integration und des individuellen Rechtsschutzes der EU-Bürger eröffnet.

Die Rechtspolitik in Bund und Land wird nach wie vor kritisch und konstruktiv zugleich begleitet werden. Vorstand und Mitglieder der ASJ aus allen Rechtsbereichen stehen als Ansprechpartner der Parteigliederungen, wenn es um rechtspolitische Fragen geht, stets zur Verfügung.

Auch der monatliche Mitgliederstammtisch hat sich bewährt und soll weiterhin jeden zweiten Donnerstag im Monat im "Mephisto" in der Fallersleber Straße in Braunschweig stattfinden. Hierzu sind insbesondere neue Mitglieder willkommen.

Für den Vorstand

Bernd Kaufmann

Bericht über die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft für Bildungspolitik Berichtszeitraum 1999 - 2001

Die Bildungspolitik im Berichtszeitraum ist für die AfB durch interessante und begrüßenswerte Themen und Entwicklungen aber auch durch Kontroversen gekennzeichnet. Die AfB hat durch ihre Arbeit versucht, ihre Vorschläge in die Bildungspolitik in der Region und auf Landesebene einzubringen, positive Entwicklungen kritisch zu begleiten und zu unterstützen und aus unserer Sicht negative zu verhindern.

Lehreinstellungen und Fragen der Unterrichtsversorgung spielten nach wie vor eine große Rolle. Unterrichtsausfall, fachspezifisches Lehrerfehl, die aktuellen Einstellungsbedingungen für junge Lehrerinnen und Lehrer, die Diskussion um verpflichtende Arbeitszeitkonten und der sich abzeichnende Lehrermangel wurden von uns thematisiert. Die Anstrengungen der Landesregierung werden gesehen, in der Lehrerschaft und bei den Eltern aber nur begrenzt wahrgenommen und vor Ort in den Schulen erlebt. Haben wir im letzten Rechenschaftsbericht noch von einer Verlangsamung zentraler Reformvorhaben gesprochen, so erleben wir aktuell eher eine Beschleunigung von Themensetzungen und Anforderungen, die von uns unterschiedlich bewertet werden.

Die verlässliche Grundschule ist da, ihre Umsetzung gilt es kritisch zu begleiten. Die verschiedenen Schulluntersuchungen haben zu einer breiten Debatte über die Qualität von Schule geführt. Die AfB findet diese Diskussion ausgesprochen lohnenswert, steht der Tragfähigkeit der Auswertung von Timss, Delphi, Pisa etc. aber skeptisch gegenüber. Die Schulprogrammentwicklung, die Diskussion um Multimedia/Medienkompetenz in den Schulen, Abschlussprüfungen in Klasse 10, die kontroverse Debatte um mehr ökonomische Bildung in den Schulen werden von uns aufgegriffen. Die Umsetzung all dieser Entwicklungen und Anforderungen an den Schulen braucht Zeit. Zentrale Vorgaben, enge Terminierungen und Schule in gestärkter Selbstverantwortung dürfen nicht in Widerspruch geraten. Die Schulstrukturfrage ist seit vergangenen Herbst zentrales bildungspolitisches Thema, die Orientierungsstufe steht auf dem Prüfstand. Die Zukunft der Hauptschule bzw. die Diskussionen um die Sekundarschule, die Dauer des gemeinsamen Lernens von Kindern eines Jahrgangs, Strukturfragen der gymnasialen Oberstufe werden die nächsten Monate weiter prägen. Hier ihre Vorstellungen einzubringen und zur Diskussion zu stellen wird

die Arbeit der AfB stark fordern. Diese Arbeit ist seit einigen Monaten deutlich erschwert worden. Mit der Auflösung der Landesfachaussüsse ist auch für die AfB im Land der letzte institutionalisierte landesweite Arbeitszusammenhang weggebrochen. Die Versuche eine landesweite AfB zu etablieren, konnten nicht erfolgreich durchgesetzt werden. Derzeit versuchen die vier Bezirke zunächst informelle Arbeitszusammenhänge wieder aufzubauen. Die AfB hat versucht, durch öffentliche Veranstaltungen, Stellungnahmen, Beschlüsse, Kontakten zu Mandatsträgern und die Mitarbeit in Gremien der Partei ihren Beitrag zur Gestaltung unserer Bildungspolitik zu leisten. Gerade in unseren häufig sehr gut besuchten und interessant besetzten öffentlichen Veranstaltungen sehen wir einen Beitrag zur Diskussion aber auch zur Vermittlung unserer Politik.

So fanden Bezirkskonferenzen etwa zu den Themen 'Abschlussprüfungen in Klasse 10', 'Timss, Pisa usw.' mit Rolf Bade, Ministerialrat im niedersächsischen Kultusministerium, und 'Aufbruch für Bildung und Erziehung' mit Kultusministerin Renate Jürgens-Pleper statt.

Seit Dezember 1999 haben wir uns intensiv an der Vorbereitung der Bezirksbildungskonferenz im Juli 2000 begleitet. Zunächst als Parteitag geplant, haben wir bei der Erarbeitung des Leitantrages und mit zahlreichen Anträgen unserer Position dargestellt. 2000 fand die Bundeskonferenz der AfB in Düsseldorf statt.

Nach wie vor sind die Bereiche Hochschule und Weiterbildungsfragen personell wie inhaltlich unterrepräsentiert. Eine geplante Veranstaltung zu Fragen der beruflichen Bildung konnte noch nicht realisiert werden. Mit der Neugründung der AfB im Unterbezirk Gifhorn hat sich eine erfreuliche Entwicklung ergeben, so dass auf Unterbezirksebene neue Aktivitäten entstanden sind.

Mitglieder im Vorstand der AfB Bezirk Braunschweig sind: Edgar Merkel (Vorsitzender), Renate Möller-Schläffke (Stellvertretende Vorsitzende), Christa Burbat, Rainer Gehrmann, Hiltrud Jeworek, Ulli Leidecker, Christel Werner, (Beisitzer). Ulli Leidecker war im Berichtszeitraum Vertreter der AfB im Bundesausschuss.

Edgar Merkel, AfB-Bezirksvorsitzender

Bericht des Sportbeirates

I. Auf der konstituierenden Sitzung des Sportbeirates wurden folgende Termin - und Themenvorschläge erarbeitet:

1. Fachtagung im Landkreis Gifhorn
Hauptamtliche Geschäftsstelle
- aufgezeigt am Beispiel Goslar
- mit Vertretern des Landessportbundes
2. Die neue VW - Halle in Braunschweig
Veranstaltung für den Stadtsportbund

3. Sportmanagement Wolfenbüttel Veranstaltung der AWO - Beratungsagentur

Außerdem gab der stellvertretende Vorsitzende Ulrich Markuth einen kurzen Bericht über die Arbeit der Beratungsagentur der AWO, über die der Beirat sich in der vorherigen Legislaturperiode informiert hatte.

II. Die Fachtagung im Landkreis Gifhorn (Wesendorf) konnte nicht mit Vertretern des Landessportbundes durchgeführt werden, da zum selben Zeitpunkt der Landessportbund Grossveranstaltungen in Hannover durchführte. Deshalb wurde der Schwerpunkt „Förderung des ehrenamtlichen Engagements“ gewählt. Referent war der Parlamentarische Geschäfts-führer und Sprecher der AG Ehrenamtsförderung Wilhelm Schmidt. Anwesend waren ca. 60 Vertreter der Sportvereine aus dem Landkreis Gifhorn. Wilhelm Schmidt informierte über den derzeitigen Stand beim Aufgabenfeld "Förderung des ehrenamtlichen Engagements". Wilhelm Schmidt zeigte die ersten wichtigen Schritte auf, die endlich in Angriff genommen wurden. Nach über zehnjährigem Stillstand haben die Koalitionsfraktionen der bedeutenden(gesellschafts-)politischen Aufgabe der Förderung des bürgerlichen Engagements in Deutschland neue Impulse gegeben.

Im einzelnen sind das:

1. Die sogenannte "Übungsteipauschale" ist vereinfacht, um 50% angehoben (jetzt 3600 DM jährlich) und um die "Betreuer/innen" als Nutznießer erweitert worden. Mit der Steuerfreiheit ist zugleich auch die Sozialversicherungsfreiheit verknüpft.

2. Mit einer erheblichen Verbesserung der steuerlichen Möglichkeiten für die privaten, öffentlichen und kirchlichen Stiftungen ist über das normale Steuerrecht hinaus ein weiterer konkreter Faktor zur Unterstützungsgemeinnütziger, ehrenamtlicher Strukturen in Deutschland geschaffen worden.

3. Durch Änderung der Einkommenssteuer - Durchführungsverordnung ist dem Sport und einigen anderen bisher berechtigten gemeinnützigen Organisationen die Spendenbescheinigungs - Kompetenz eingeräumt worden. Damit ist die wirksame Spenden - Akquisition möglich.

4. Die Förderung der Selbsthilfegruppen ist im Gesundheitswesen neu belebt und abgesichert worden.

5. Die Wiedererkennung der Prävention im Gesundheitswesen ist für den Sport aber auch für andere gemeinnützige Anbieter eine wichtige Grundlage für die Verbesserung ihrer Angebote.

6. Mit der Einrichtung einer Enquetekommission ist auf Antrag der Koalitionsfraktion im Bundestag nun eine wissenschaftliche Aufarbeitung des gesamten bürgerschaftlichen Engagements in Gang gebracht worden. Abgeordnete aller Fraktionen und Fachleute werden über rund zwei Jahre sehr intensiv die Chancen, die Probleme und die Lösungsways für eine Verbesserung dieser Bereiche erarbeiten.

7. Anstelle der von der Vorgänger-Regierung völlig unnötig und wirkungslos geschaffenen Stiftung "Bürger für Bürger" fördern wir einen Zusammenschluß aller gemeinnützig organisierten Verbände und Organisationen, der unter der Bezeichnung "Bündnis für das Ehrenamt" selbständig (aber mit Unterstützung durch das federführende Bundesministerium für Familie, Jugend, Frauen und Senioren) die Interessen dieser Sektors bündeln und vertreten soll.

8. Im "Internationalen Jahr der Freiwilligen" 2001 soll mit allen Möglichkeiten der Regierung, der Länder und Gemeinden, aber auch der SPD, eine groß angelegte Kampagne in der Bevölkerung organisiert werden und damit deutlich und nachdrücklich um eine Verstärkung des bürgerlichen Engagements und um seine Förderung geworben werden.

III. Nach der Besichtigung der Volkswagenhalle trafen sich die Teilnehmer/innen im Restaurant Löwenkrone zu einem Informationsgespräch mit den Vertretern des Stadtsportbundes. Der Präsident, Franz Matthies, stellt den Braunschweiger Sport vor. U.a. führte er, ergänzt durch andere Mitglieder, aus:

Die Aktivitäten des Stadtsportbundes (SSB) stützen sich auf zwei Einrichtungen: Das Sportinstitut im "Hasenwinkel" und das "Haus des Sports" in der Frankfurter Straße, wo SSB und Bezirkssportbund untergebracht sind.

150 Mio. DM sind in den letzten 10 Jahren in Sportstätten investiert worden. In 200 Vereinen mit 25 Fachverbänden und 63 000 Mitgliedern organisiert sich der Braunschweiger Sport.

Der Neubau von Sportstätten ist in Braunschweig weitestgehend abgedeckt. Die Mittel müssen zukünftig in die Sanierung gesteckt werden.

Abschließend informierte die Vorsitzende des Sportbeirates über das neue Sportförderprogramm des Landes Niedersachsen.

Marion Lau

Bericht des Sicherheitspolitischen Ausschusses

Im Berichtszeitraum hat sich der Ausschuss u. a. mit nachstehenden Themen befaßt:

Rechtsextremismus:

„Rechtsextreme Erscheinungsformen aus Polizeisicht“ diskutierte der Ausschuss mit dem Direktor der Polizei im Bezirk Braunschweig, Heinrich Wahlers. Dieser berichtete über die Probleme in den einzelnen Städten und Gemeinden des Regierungsbezirkes und ging im einzelnen auf Gruppierungen, Zahlen, Struktur der einzelnen Gruppen, Ermittlungsverfahren, Gesetze und Präventionsmaßnahmen ein. Direktor Heinrich Wahlers stellte fest, daß bei einer Gesamtbetrachtung der politisch motivierten Straftaten zwar insgesamt ein Rückgang um 5,9 % erfreulich sei, als besorgniserregend bewertete er allerdings den deutlichen Anstieg der politisch motivierten Gewalttaten bundesweit um 7,3 % und in Niedersachsen sogar um rund 30 %. Nach den Worten des Direktors haben sich neonazistische Musik-CDs und das Internet weiter zu den wichtigsten Propagandainstrumenten der Neonazis entwickelt. Trotz intensiver Ermittlungstätigkeit von Verfassungsschutz und Polizei sei es in den vergangenen Jahren – auch wegen der halbjährigen „Presseverjährung“ – bisher nicht gelungen, Herstellung und Vertrieb neonazistischer CDs mit rassistischen, antisemitischen, gewaltverherrlichenden und volksverhetzendem Musikbeiträgen entscheidend zurückzudrängen. Er begrüßte deshalb, daß dafür mit Inkrafttreten des Artiklegesetzes zum 4. Rundfunkänderungsstaatsvertrag diese kurze Verjährungsfrist nicht mehr gilt. Die Verjährungsfrist richtet sich bei Delikten nunmehr nach dem jeweiligen Strafmaß und beträgt im Minimum drei Jahre (zum Beispiel bei der Verwendung von Propagandamitteln und Kennzeichen verbotener, verfassungswidriger Organisationen).

Der Ausschuss ist der Auffassung, daß Staat und Gesellschaft mehr denn je gefordert sind, mit Unterschiedlichkeit, persönlichem Engagement und unter Ausschöpfung aller dem Rechtstaat zur Verfügung stehenden Mittel gemeinsam Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit entgegen zu treten. Um Anschläge auf Menschen und Anschläge auf Gedenkstätten und Synagogen künftig zu verhindern, ist aber ein sichtbares Bekennen der gesamten Gesellschaft zu demokratischen

Werten geboten, daß das Verhalten solcher Gewalttäter nicht stillschweigend toleriert oder duldet. Wir alle müssen im Alltag unsere Möglichkeiten nutzen, fremdenfeindlichen Aktivitäten entgegenzuwirken, also hinssehen und eingreifen, wenn ein Mensch wegen eines anderen Glaubens oder einer anderen Hautfarbe angepöbelt oder körperlich angegriffen wird.

Die Hauptaufgabe des von der Bundesregierung initiierten „Bündnisses für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ sieht der Ausschuss in der Mobilisierung und Bündelung der gesellschaftlichen Kräfte gegen rechtsextremistische Umtriebe. Einig war sich der Ausschuss, daß die Aktivitäten staatlicher Institutionen allein nicht ausreichen. Eltern, Familien und Lehrer, aber auch die Gesellschaft insgesamt seien gemeinsam dafür verantwortlich, daß junge Menschen Werte wie Demokratie, Pluralismus und Toleranz verinnerlichen.

Bundeswehr:

Der Ausschuss diskutierte den Bericht der Weizsäcker-Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“.

Der Kommissionsbericht basierte - wie im Koalitionsvertrag vereinbart - auf einer umfassenden sicherheits- und verteidigungspolitischen Analyse und empfahl richtungweisende Reformansätze zu Auftrag, Umfang, Wehrform, Ausbildung und Ausrüstung der Streitkräfte. Es wurden Führungs- und Organisationsstrukturen, sowie Standortempfehlungen vorgeschlagen.

Die Kommission forderte eine grundlegende Erneuerung der Streitkräfte statt einer moderaten Anpassung.

Die tiefgreifenden Kommissionsempfehlungen zu

- Straffung der Führungs- und Kommandostrukturen,
- Stärkung der Verantwortung des Generalinspekteurs,
- Moderne Managementformen für Beschaffungsvorhaben,
- Modernisierung von Ausrustung und Material,
- Privatisierung von bestimmten Dienstleistungen,
- Zulassung von Frauen für den freiwilligen militärischen Dienst,
- Steigerung der Attraktivität des Soldatenberufes und
- Stärkung der Kooperationsfähigkeit und Interoperabilität

wurden bei den Reformentscheidungen berücksichtigt.

Die Kommission empfahl, „Fähigkeiten, Strukturen und Umfänge der Bundeswehr primär aus der Eignung zu Kriseneinsätzen abzuleiten. Mit den bereitgestellten Kräften wird auch die Bündnisverteidigung geleistet werden können.“ Dazu sollten die Einsatzkräfte erhöht werden.

Die Kommission empfahl „einen Personalumfang von 210.000 Zeit- und Berufssoldaten und 30.000 Grundwehrdienstleistenden. Die Stellen von Zivilpersonal sollen auf rund 80.000 reduziert werden.“ Die Beibehaltung des jetzigen Mischsystems aus Berufs- und Zeitsoldaten, sowie Wehrpflichtigen und dem Festhalten an der Wehrpflicht entspricht auch unserer Überzeugung.

Um Sicherheitsvorsorge und Aufwuchsfähigkeit einerseits und erweitertes Aufgabenspektrum andererseits effizient miteinander zu verbinden, werden jedoch deutlich mehr Wehrpflichtige benötigt, als die 30.000 von der Kommission vorgeschlagenen. Hinzu kommt, dass mit einer derart niedrigen Zahl die Wehrgerechtigkeit nicht aufrecht zu erhalten ist.

Die Anpassung des zivilen Personalumfanges ist konsequent und basiert auf dem bewährten Verhältnis Zivilpersonal: Soldaten von 1:3. Dieser Maßstab sollte, bei einer Bundeswehr von 280.000 Soldaten - wie wir sie vorschlagen - Rücksicht nur sein.

Die Kommission empfahl, „die Stationierung künftig nicht mehr an struktur- und regionalpolitischen Erwägungen auszurichten.“

Dies bedeutet eine Reduzierung der jetzigen Standorte um ca. 50 Prozent. Bei den Stationierungsentscheidungen wurde nicht nur die betriebswirtschaftliche Optimierung betrachtet. Auch volkswirtschaftliche Aspekte, besonders für strukturschwache Gebiete, wurden beachtet. Die Standorte bleiben flächendeckend über das gesamte Bundesgebiet verteilt. Dadurch wird ein heimathafter Einsatz unserer Soldaten und ihre Verankerung in der Bevölkerung gesichert.

Die Kommission forderte „eine Verteidigung des Verteidigungsetats und die Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln für den Reformprozeß.“ Die Konsolidierung des Gesamthaushaltes darf dadurch jedoch nicht gefährdet werden. Einsparungen und Rationalisierungsgewinne sollten für Modernisierungsvorhaben in der Bundeswehr verbleiben.

Der Bericht war insgesamt eine bedeutende und richtungweisende Grundlage für die Reformentscheidungen.

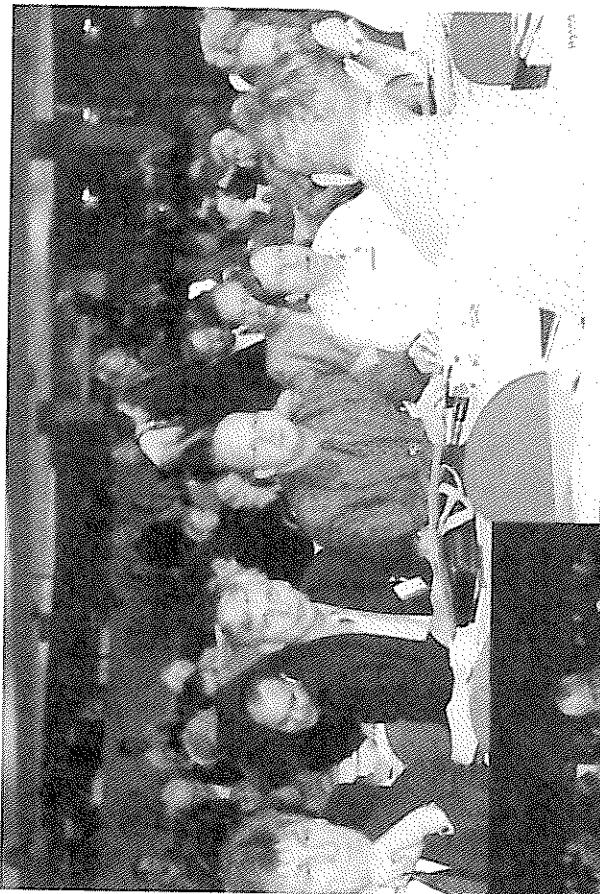
Zu den mittlerweile gefällten Standortentscheidungen stellt der Ausschuß fest:

Die Strukturreform der Bundeswehr ist lange überfällig und dringend notwendig. Die Reduzierung des Umfangs der Bundeswehr ist vor dem Hintergrund der voraussehbaren Sicherheitslage in Europa gerechtfertigt, aus Haushaltsgründen wünschenswert und von der Regierungskoalition politisch so gewollt. Diese Reform wird der Bundeswehr weit über ein Jahrzehnt hinaus Planungssicherheit geben wird. Sie wird fit gemacht für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Europas. Es geht nicht allein um eine Reduzierung von Soldaten und zivilen Mitarbeitern. Es ist notwendig, der Bundeswehr neue Fähigkeitsprofile zu geben und sie auf die neu gestellten Aufgaben bestmöglich vorzubereiten.

Nach dem vorliegenden Ressortkonzept wird das Personal der Bundeswehr insgesamt um 17 Prozent reduziert. Dass solch ein Abbau auch Auswirkungen auf die Stationierung haben muss, liegt auf der Hand. Die vorliegende Stationierungsentscheidung hat Auswirkungen auf 6,5 Prozent der vorhandenen 598 Standorte - also unterproportional - zu den Personalereduzierungen. Lediglich 39 sind von einer Schließung betroffen. Weitere 40 werden Reduzierungen erfahren. Dies bedeutet, dass 519 Standorte von der jetzigen Entscheidung unberührt bleiben. Diese Strukturreform ist daher ein Stationierungs-Erhaltungskonzept.

Der gewählte Ansatz, jeden Standort bezüglich militärischer Erfordernisse und hinsichtlich wirtschaftlicher und sozialer Belange für die Region zu prüfen, legt die Kriterien für alle nachvollziehbar offen. Der vorgestellte Regierungsentwurf entspricht diesem Maßstab. Er erlaubt den Abbau vorhandener Redundanzen, die Zusammensetzung von Aufgaben und eine flächere und effizientere Führungstruktur. Gleichzeitig sichert er, dass die Bundeswehr in der Fläche erhalten bleibt und ein heimatnaher Einsatz der Soldaten und ihre Integration in der Bevölkerung gewährleistet bleibt. Die heute bekanntgegebenen Entscheidungen werden auf einer Zeitachse bis 2006 umzusetzen sein.

Die Schließung von Standorten bedeutet für viele der betroffenen Städte und Gemeinden einen schmerzlichen Einschnitt. Die Angehörigen der Bundeswehr sind als Bürger mit diesen Regionen eng verbunden. Im Verlauf der letzten Jahrzehnte haben sich viele Patenschaften und liebgewordene Traditionen entwickelt, die sich nicht von heute auf



morgen lösen lassen werden. Jetzt muss darüber nachgedacht werden, wie die erfolgenden Reduzierungen durch alternative Konzepte aufgefangen werden können. Durch Konversionsmaßnahmen bieten sich auch neue Chancen und Möglichkeiten in diesen Regionen.

Von ganz entscheidender Bedeutung bleibt die Zusage des Verteidigungsministers, den Stellenabbau sozialverträglich und ohne betriebsbedingte Kündigungen vorzunehmen. Für die Soldaten, zivilen Mitarbeiter und deren Angehörigen bedeutet dies Planungssicherheit.

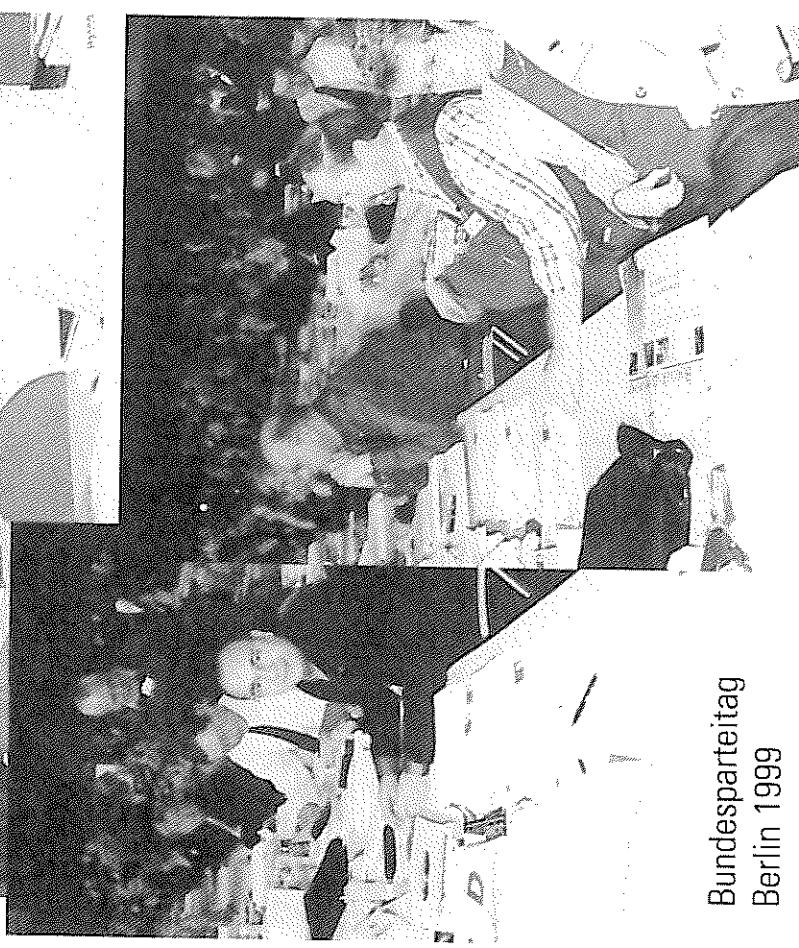
Der Ausschuss begrüßt, dass es der Landesregierung gelungen ist, in Geprächen mit dem Bundesministerium der Verteidigung den geplanten Truppenabbau in Niedersachsen von ursprünglich 21 000 Stellen auf rund 11 000 Stellen zu verringern. Er nimmt jedoch zur Kenntnis, das der Erhalt der Standorte Braunschweig und Goslar trotz intensiver Bemühungen der betroffenen Kommunen, der Landesregierung und der Bezirks-Bundestagsabgeordneten nicht zu realisieren war. Die angekündigten Schließungen und Reduzierungen sind daher für die betroffenen Kommunen nicht ohne entsprechende Kompen-sationsmaßnahmen hinnehmbar.

Mitglieder des Ausschusses haben teilgenommen:
Informationsfahrten im Jahr 1999 und 2000 zu Einrichtungen der NATO, Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion „Die Zukunft der Bundeswehr – eine Reform von Grund auf“ am 23.-24. November 2000.

Personalien:

Als Vorsitzender wurde Bodo Seidenthal (MdB) wieder vom Bezirksvorstand eingesetzt, zu seinem Stellvertreter wählte der Ausschuss Herbert Tesch (Braunschweig), zum Protokollführer Volker Taube.

Bodo Seidenthal



Bundesparteitag
Berlin 1999

Bericht des sozialpolitischen Ausschusses beim SPD-Bezirk Braunschweig

Die regelmäßigen Mitglieder des Ausschusses repräsentieren große Teile des sozialpolitischen Spektrums. Sie sind neben ihren kommunal- bzw. landespolitischen Aktivitäten in folgenden Berufsfeldern tätig: Altenhilfe, Behindertenhilfe, Berufsgenossenschaften, Gesundheitswesen, Krankenkassen, Rehabilitation, Rentenversicherer, Sozialhilfe und Wohlfahrtspflege. Der Ausschuss hat sich zum Ziel gesetzt, in seinen regelmäßigen Sitzungen die Landespolitik kontinuierlich und kritisch zu begleiten. Darüber hinaus organisierten wir gemeinsam mit MdL Klaus-Peter Bachmann öffentliche Veranstaltungen zu folgenden Themen:

- Ministerialdirigent Dr. Dieter Kleine, Abt.Leiter im Ministerium Frauen, Arbeit und Soziales informierte über Arbeitsmarktförderung und Arbeitsmarktpolitik des Landes Niedersachsen.
- Eine Entschließung des Landtages, die Kostenträgerschaft in der Sozialhilfe zusammenzuführen, nahm der Ausschuss zum Anlass sich mit der zuständigen Abteilungsleiterin im Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales Hedwig Rothering über den Stand der Sache zu informieren.
- Über die Rolle der Kommunalpolitik in der Gesundheitsreform diskutierten Hubertus Heil, MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für Gesundheit, Joachim Pedroß, Direktor der AOK Braunschweig und Dr. Bernd Grötrup, Sozialdezernent der Stadt Braunschweig. Ganz wichtig war das Fazit dieser Veranstaltung: Worüber die Patienten jetzt klagen ist Seehofers Recht. Die 1972 von der SPD eingeführte Duale Finanzierung hat die Krankenhauslandschaft verbessert und qualifiziert. Sie sorgt dafür, dass wir weiter investieren können.
- Im September 2000 stellte Karl Finke, der Behindertenbeauftragten des Landes seinen Entwurf zu einem Gleichstellungsgesetz für Behinderte vor.

Die öffentlichen Veranstaltungen waren mit 40 - 70 Zuhörerinnen und Zuhörern alle sehr gut besucht. Sie lebten durch die politische Aktualität der Themen und das Informationsbedürfnis der Beteiligten.

Dietmar Schlüter



Bundesparteitag Berlin 1999

Bericht des Arbeitskreises "Migrantinnen und Migranten"

Liebe Genossinnen und Genossen,

Nachdem der Arbeitskreis Migrantinnen und Migranten sich zum vierten Mal auf der SPD-Bezirksebene konstituiert hat, war er in 3 verschiedenen Ebenen aktiv und zwar auf der Bezirks-, Landes- sowie der Bundesebene.

Bezirksebene:

Seit der letzten Berichterstattung des Arbeitskreises im SPD Bezirksverband Braunschweig vor zwei Jahren, fanden mehrere Sitzungen und Wochenendseminare statt.

Das erste Wochenendseminar fand im Oktober 1999 zum Thema "Integration und Bildungsarbeit für Migrantinnen und Migranten" statt, wobei die Teilnehmer/innen die Gelegenheit hatten, sich über die Bildungsarbeit und deren aktive Mitgestaltung innerhalb der SPD zur informieren. Klaus-Peter Bachmann, Helmut Kahle und Kenan Kolat sorgten dabei für eine interessante und verständliche Ausgestaltung des Seminars.

Ein weiteres Seminar fand vom 1. bis 2. April 2000 mit dem Titel "Staatszielbestimmung in der niedersächsischen Verfassung zur Rechtsstellung der Integration von Migrantinnen und Migranten" statt. Für die inhaltliche Ausgestaltung sorgten Gabriele Erpenbeck als Ausländerbeauftragte der Landesregierung, Bernd Kaufmann von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen im SPD Bezirk Braunschweig und MdB Sebastian Edathy vom SPD-Bezirk Hannover.

Das letzte Wochenendseminar im Dezember 2000 hatte zum Thema "Parteiinterne Integration von Migrantinnen und Migranten". Als Referenten trugen die MdB's Leyla Onur, Dr. Carola Reimann und der Vorsitzende des Ortsvereines Büttenstedt Landkreis Helmstedt, Jürgen Mostert, zum Gelingen der Veranstaltung bei. Durch die interessante Ausgestaltung der Seminare kam es zu lebhaften und teilweise kontroversen Diskussionen. Als Bei-

spiel für alle Seminare wird bei diesem Seminar näher auf den Inhalt eingegangen:

- Von Jürgen Mostert wurden die unterschiedlichen Bezeichnungen von Migrantinnen und Migranten
- Asylsuchende
 - Aussiedler
 - Wirtschaftsflüchtlinge
 - Einwanderer mit Ausbildung ("Green Card")
- erläutert.

Darauf aufbauend wurden 8 Hypothesen zur Integrationsproblematik erstellt:

1. Sie sprechen nicht unsere Sprache, sie müssen sich deshalb selbst verpflichten diese zu lernen.
2. Sie kennen unsere Gesetze und Gewohnheiten nicht und müssen sie als Erwachsene neu lernen.
3. Sie brauchen Wohnraum mit Kontakt zu "Nichtmigranten" damit Ghettobil dung verhindert wird.
4. Sie brauchen Arbeit und damit Geld. Das Arbeitsverbot für Asylbewerber/innen und Flüchtlinge trägt daher nicht zur Integration bei.
5. Bildung und Ausbildung sollte schon im Kindergartenalter umgesetzt werden, Kindergartenbesuch sollte für alle Kinder (auch deutsche) Pflicht werden.
6. Ärztliche Versorgung sollte auch auf die Lebensgewohnheiten der Migrantinnen und Migranten eingehen.
7. Das soziale Umfeld, zum Eingliedern in die Gemeinschaft (Sportvereine, soziale Tätigkeiten) und Auffangen der Migranten, muss in Anspruch genommen werden. Politiker müssen aufklären und für Geld sorgen.
8. Die Religionszugehörigkeit kann ein großes Hindernis hinsichtlich der Eingliederung darstellen, Religionsfreiheit muss aber gewährleistet bleiben.

Während der Diskussion bei der Aufstellung der Thesen und danach kristallisierte sich heraus, dass es nicht reicht, Wege zur Integration aufzuzeigen, die Umsetzung von der Basis bis zur hohen politischen Ebene muss erfolgen. Deutlich wurde auch, dass nicht alle SPD-Mitglieder in der Frage der Mehrstaatigkeit hinter der Regierung stehen. Weiterhin wurde von den Diskutantinnen bemerkt, dass Hilfe für Migrantinnen und Migranten nicht zur Entmündigung führen darf.

Eine noch stärkere Beteiligung von SPD Funktionsträgern an ausländischen Kultur- und Informationsveranstaltungen wurde angeregt.

Auf SPD Landesebene

Ist auf Vorschlag des Arbeitskreises eine "Migrationskonferenz" am 8. Juli 2000 in Wolfsburg durchgeführt worden. Dabei wurden alle der SPD nahe stehenden Vereine, Verbände und Organisationen, die sich mit Migranten und Migrantenspolitik befassen, eingeladen.

Das Ergebnis der Konferenz ist die Einrichtung einer "Projektgruppe Migrationspolitik". Diese Projektgruppe hat sich am 16. Februar 2001 konstituiert. Jeweils 4 Mitglieder der 4 SPD Bezirke des Landesverbandes der SPD Niedersachsen nehmen daran teil.

Auf SPD Bundesvorstandsebene

Auf SPD Bundesvorstandsebene finden seit letztem Jahr Informationstreffen zum Thema Migrantinnen und Migranten statt, dort tauschen Arbeitskreis - Koordinatoren Informationen und Erfahrungen aus.

Im Verlaufe dieses Jahres werden vom Arbeitskreis des SPD-Bezirks Braunschweig Veranstaltungen zur Kommunalwahl und zu aktuellen politischen Themen stattfinden. Vom Arbeitskreis wird Anfang des Jahres 2002 eine politische Bildungsreise in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für Politische Bildung in die Türkei stattfinden. Ziel der Reise ist, einen Einblick in die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gegebenheiten des Landes zu gewinnen.

Als Fazit der Arbeit des Arbeitskreises wurde deutlich, dass noch immer ein hoher Informationsbedarf hinsichtlich der Situation der Migrantinnen und Migranten innerhalb der Bevölkerung und der Politik von Nöten ist und demzufolge der Arbeitskreis seine Arbeit erfolgreich fortsetzen muss.

Muzaffer Perik

Bericht der SPD – Fraktion im Zweckverband Großraum Braunschweig

Bericht der SPD – Fraktion im Zweckverband Großraum Braunschweig

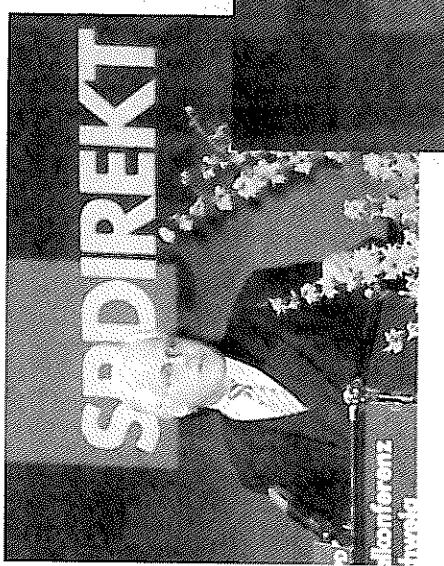
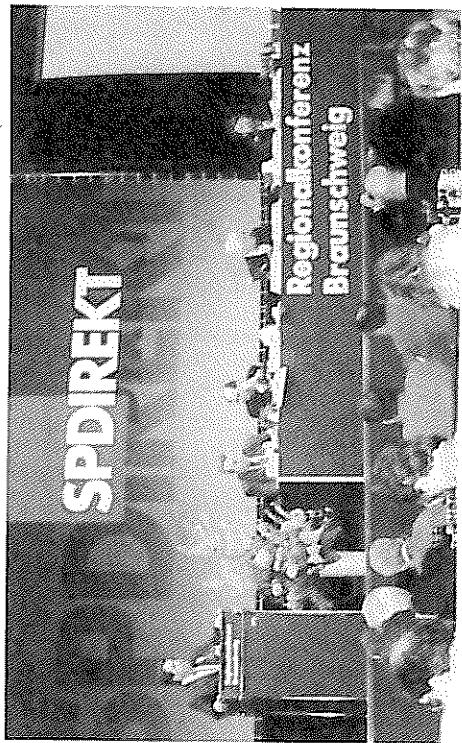
Auf SPD Landesebene
Liebe Genossinnen und Genossen,
mein Bericht umfaßt die Schwerpunkte der Arbeit des Zweckverbandes Großraum Braunschweig für den öffentlichen Nahverkehr und für die Regionalplanung in den beiden letzten Jahren. Auch wird in dem Bericht auf die dringend notwendige Weiterentwicklung der Region Braunschweig eingegangen.

Öffentlicher Personennahverkehr

Nach der Verabschiedung des Nahverkehrsplans für den Großraum Braunschweig 1998 bis 2002 und nach dem Start des Verbundtarifs Region Braunschweig war die Arbeit des Zweckverbandes zunächst darauf ausgerichtet, die Ergebnisse in die Praxis umzusetzen sowie die praktischen Auswirkungen zu bewerten und weiterzuentwickeln.

Der Nahverkehrsplan enthält erstmals für den gesamten Bereich des Großraumes Braunschweig Vorgaben für das Bedienungsangebot auf regionaler und lokaler Ebene. Während im örtlichen und nachbarörtlichen Busverkehr die Gestaltungsmöglichkeiten oft durch die Erfordernisse des Schülerverkehrs überlagert werden und auch finanziell weitgehend in der Verantwortung der betreffenden Gemeinden liegen, gab es im regionalen Bereich vielfältigen Handlungsbedarf. Dazu gehörte die in den zwei Berichtsjahren schrittweise erfolgte Einführung der Regionaldirektbusse, die die aufkommensstärkeren Zentren im Verbandsgebiet durch stündlich direkt geführte und untereinander vernetzte Fahrten angebote miteinander verbindet. Obwohl es sich in vielen Fällen nur um eine Vereinheitlichung und eine partielle Ergänzung des vorhandenen Angebots handelt, wurden doch schon sehr schnell die zusätzlichen Verkehrsangebote anerkannt. Denn die Chance, die dem Zweckverband Großraum Braunschweig in der gebündelten Aufgabenträgerschaft für den Schienenpersonennahverkehr und den ÖPNV auf der Straße zugefallen ist, konnte auch für verknüpfte Verbindungen mit den Schienennstrecken genutzt werden.

Der Verbundtarif Region Braunschweig war zunächst darauf ausgerichtet, die sehr schwierige Vereinheitlichung der Tarifarten der beteiligten 10 Verkehrsunternehmen sowie der Deutschen Bahn AG herbeizuführen und daraus ein attraktives Angebot für Normalfahrer und für Vielfahrer zu entwickeln. Dies ist zum einen durch die Übersichtlichkeit von nur vier



Preisstufen geglückt, zum anderen aber auch durch attraktive Mehrfahrtangebote, wie beispielsweise die 4-Fahrtenkarte oder die 10-Fahrtenkarte, der Einführung von Monatskarten und Jahresabonnements mit den Zusatzvergünstigungen. Mit der guten Akzeptanz des Tarifverbundes entstand auch der nötige Spielraum, um weitere attraktive Angebote für besondere Nutzergruppen zu entwickeln. Dazu gehört zum einen die U 21-Monatskarte für alle Jugendlichen, die Studien-Semesterkarte und neu die Seniorenenmonatskarte.

Eine wichtige Aufgabe im Jahr 2000 war die erstmalige Bereitstellung der sogenannten X-Mittel für Belange des öffentlichen Personennahverkehrs so zu strukturieren und so zu steuern, dass regional bedeutsame Projekte davon bezuschusst werden konnten. Ein wichtiger Grundsatz der Mittelvergabe war und ist dabei, dass es keine Zusatzförderung zu Programmen geben soll, die nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz ohnehin schon gefördert werden. Neben einer erheblichen Ausweitung des Schienenangebots, das aus diesen Mitteln finanziert wird, wurden auch für den Bereich des ÖPNV Straße, also für die Busverkehrsgesellschaften, Projekte bezuschusst, die beispielsweise der Vereinheitlichung der Liniennummerierung im Verbandsgebiet dienen oder die Einrichtung von Mobilitätszentralen fördern. Dazu gehörte auch eine Kundenbefragung, um Aufschlüsse über den Grad der Kundenzufriedenheit zu erhalten. Ziel ist es, durch gezielten Mittelleinsatz die Bedienungsqualität und -häufigkeit weiter zu verbessern und die Bevölkerung über die guten Angebote im Öffentlichen Nahverkehr gezielt zu informieren

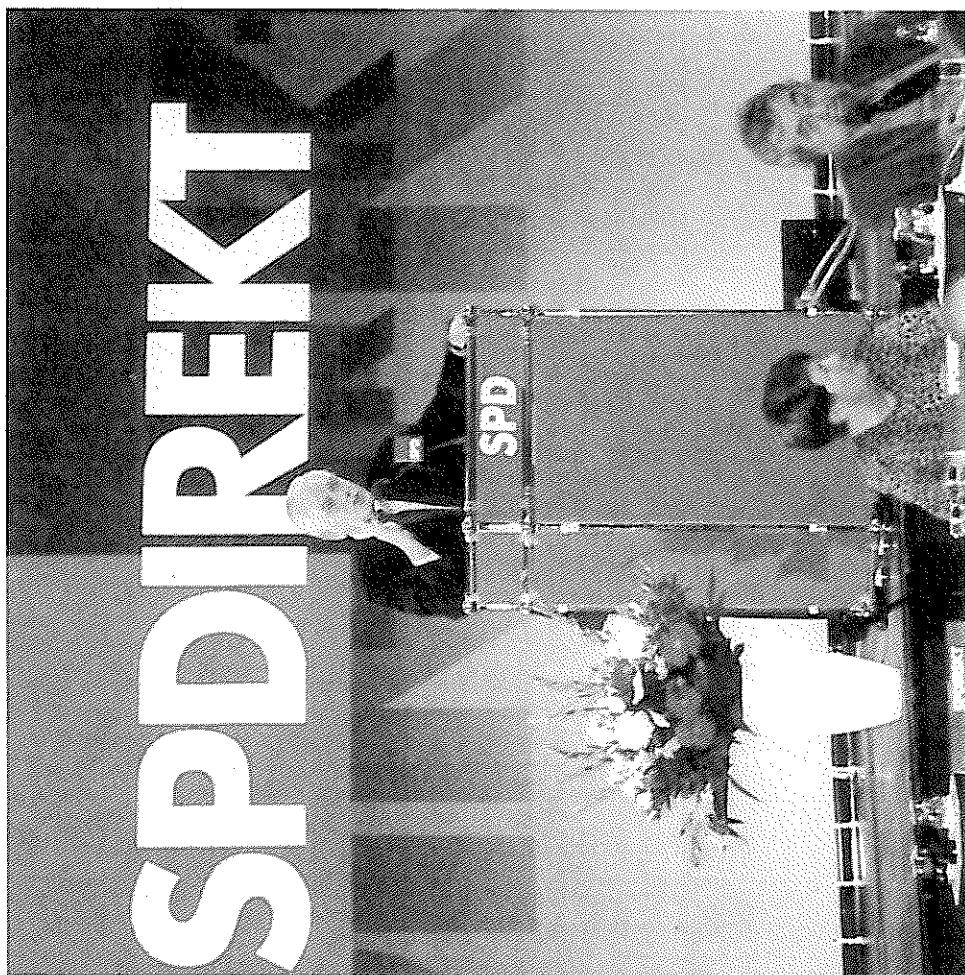
Zu erwähnen sind noch die intensiven Arbeiten zur Einrichtung einer RegioStadtBahn im Großraum Braunschweig. Dieses Projekt erstreckt sich nun bereits über eine längere Zeit. Dies bedeutet jedoch nicht, dass das Projekt auf die lange Bank geschoben worden ist. Vielmehr zeigt es, dass ein solches Regional - Projekt einer sehr umfangreichen Vorbereitung und auch Abstimmung mit den betroffenen Gebietskörperschaften bedarf. Derzeit befindet sich der Zuschußantrag in der Abstimmung.

Regionalplanung

Im Bereich der Regionalplanung wurden schwerpunktmaßig folgende Projekte und Themen behandelt:

Regionalkonferenz

- Ergänzung des Regionalen Raumordnungsprogramms um den Teilbereich des Landkreises Goslar.
- Abstimmung zur Novelle des Nieders. Raumordnungsgesetzes, wo nach im Großraum Braunschweig eine einheitliche Untere Landesplanungsbehörde beim Zweckverband geschaffen werden soll.
- Bundesweite Abstimmung der Präsentation der Wettbewerbs ergebnisse „Regionen der Zukunft“ auf der Urban 21 und Verleihung eines 1. Preises als „Region der Zukunft“.
- Aufbau einer regionalen Agenda 21-Datenbank, Koordination von Maßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen Regionalentwicklung (Grundlage Bundeswettbewerb).
- Teilnahme am Bundeswettbewerb „Stadtteilbild 2030“ In Kooperation mit wissenschaftlichen Einrichtungen sollen Zukunfts konzeptionen und Leitbilder für die Städte/Region formuliert werden. Sie sollen visionären Charakter aufweisen und als Zielsysteme und Bewertungsrahmen für aktuelle politische Entscheidungen und Einzel planungen dienen.
- Regionale Verkehrsentswicklungsplanung zur Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsprogramms und (in Abstimmung mit den Verbandsgliedern, den Straßenbaubehörden und den Kammervertretern) zur Beurteilung der verkehrlichen Bedeutung und der Realisierungswahrscheinlichkeit (Aufnahme/Untermauerung im Bundesverkehrswegeplan).
- Regionale Radwegekonzeption zur Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsprogramms. Die Möglichkeiten der regionalen Radwegevernetzung sollen unter den Gesichtspunkten ÖPNV, Naherholung und Tourismus in Abstimmung mit den Verbandsgliedern und den Fachverbänden geprüft und regional abgestimmte Handlungsempfehlungen für die Gebietskörperschaften erarbeitet werden.
- Regionalisierte Bevölkerungsprognose Vor dem Hintergrund, dass für die regionale und gemeindliche Entwicklung verlässlichere Daten notwendig sind, wurde die Erarbeitung einer kleinräumigen Bevölkerungsvorausschätzung auf der Ebene der Städte und Gemeinden unter Beachtung der örtlichen Gegebenheiten



Regionalkonferenz

und Planungsabsichten in Auftrag gegeben.

- Erstellung eines „Landwirtschaftlichen Fachbeitrages“
Dieser enthält flächenhafte Aussagen und konkrete Zielsetzungen bezüglich landwirtschaftlicher Perspektiven und stellt damit eine solide Abwägungsgrundlage für die Regionalplanung als auch für die gemeinsame Flächennutzungsplanung dar.
- Festlegung von Vorrangstandorten für die Windenergiennutzung im Verbandsgebiet im Rahmen des Regionalen Raumordnungsprogramms.

- Untersuchungen zur Siedlungs- und Freiraumentwicklung als Grundlage für ein mittel- und langfristiges Siedlungs- und Freiraumsicherungskonzept für den Großraum Braunschweig.
- Stellungnahmen zu Planverfahren im Rahmen der Trägerbeteiligung.
- Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Regionalplanung/Regionalentwicklung u. a. durch Fachveranstaltungen und im Rahmen der Ausstellung Harz und Heide.

Weiterentwicklung der Region Braunschweig

Mit der Gründung des Zweckverbandes Großraum Braunschweig wurden ein wichtiger Schritt in Richtung Stärkung der Region Braunschweig eingeleitet und in den beiden Aufgabenbereichen Regionalplanung und Öffentlicher Nahverkehr (Schiene und Straße) für die Region neue Maßstäbe gesetzt.

Nicht nur nach der Einschätzung der Großraufaktion ist es dringend an der Zeit, die hohen Potentiale unserer Region stärker zu bündeln und Aufgaben dort erledigen zu lassen, wo eine höchstmögliche Effizienz für die Kommunale Aufgabenerledigung zu erwarten ist. Denn eins ist sicher: Wenn die Region nicht schnell stärker zusammenwächst, wird sie im Wettstreit der Regionen auf der Verliererseite stehen.

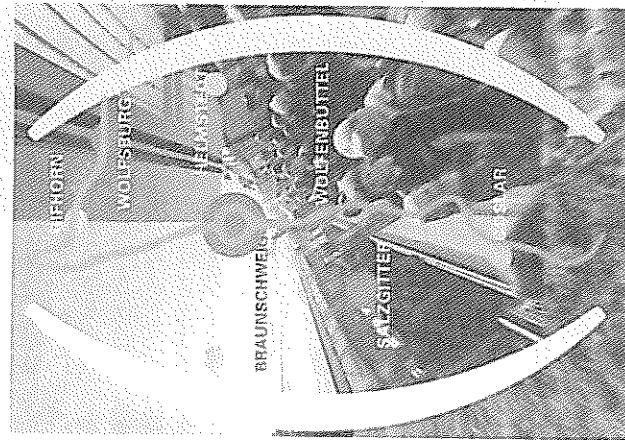
Da für die Region Braunschweig aufgrund ihrer polyzentrischen Struktur eine „Hannover - Region“ nicht in Frage kommt, sieht die Großraumfaktion eine Aufgabenerweiterung des Zweckverbandes als dringend notwendig an. Bezirksvorsitzender Gerhard Glogowski in der Pressekonferenz nach der Klausurtagung des Bezirkvorstandes: „Der

- Großraumverband ist der kommunale Motor der Region.“ Dem SPD - Bezirksvorstand schwebt dabei vor, dass dem Zweckverband über die ihm bereits übertragenen Kompetenzfelder Regionalplanung und Öffentlicher Nahverkehr hinaus weitere regionale Aufgaben gesetzlich übertragen werden sollen, z.B. die regionale Marketing /Wirtschaftsförderung. Erfreulich in diesem Zusammenhang ist, dass sich auch die Wirtschaft der Regionalisierungsfrage angenommen hat, dies erhöht die Durchschlagskraft besonders in dem Bereich der regionalen Marketing/Wirtschaftsförderung.

Im Rahmen der Regionalisierung gilt es allerdings auch, eine Deckungsgleichheit der Zuständigkeitsbereiche z. B. der IHK, der Handwerkskammer, der Arbeitsverwaltung und des Landgerichtes zu erreichen.

Zum Schluß möchte ich der Großraumfaktion – und allen, die die Verbandsarbeit unterstützen haben – Dank sagen für ihre engagierte Arbeit für die Region Braunschweig. Mein besonderer Dank gilt Gerhard Glogowski, der sich in seinen verschiedenen Funktionen stets als „Motor der Regionsentwicklung“ erweist.

Wolfgang Schneider
Fraktionsvorsitzender



Adressen und Anschriften

Mitglieder des Europaparlaments

Dr. Peter Eckardt, Dr.-Gertrud-Bäumer-Weg 17, 38644 Goslar
Hubertus Heil, Maschweg 11, 31224 Peine
Leyla Onur, Georg-Westermann-Allee 61, 38104 Braunschweig
Dr. Carola Reimann, Grünerstr. 3, 38102 Braunschweig (22.02.2000)
Wilhelm Schmidt, Ellernweg 9 A, 38229 Salzgitter
Bodo Seidenthal, Teichstr. 6 a, 38154 Königslutter-Rhöde

Mitglieder des Landtages

Klaus-Peter Bachmann, Lüdersstr. 4, 38124 Braunschweig
Ulrich Biel, Elsterweg 20, 31224 Peine
Jürgen Buchheister, Thiedestr. 19, 38112 Braunschweig
Dr. Wolfgang Domröse, v.-Eichendorffstr. 23, 37539 Bad Grund
Ingrid Eickel, Dahlienweg 8, 38446 Wolfsburg
Sigmar Gabriel, Kiefernbrink 1, 38640 Goslar
Gerhard Glogowski, Schloßstr. 8, 38100 Braunschweig
Stefan Grote, Herrn.-Löns-Str. 7, 38700 Braunschweig (Hohegeiß)
Helmut Knebel, Kappenhöhe 6, 38229 Salzgitter
Peter Kopischke, Steinbühlstr. 117, 38723 Seesen (bis 13.6.99)
Marion Lau, Wunderbüttel Nr. 17, 29379 Wittingen
Uwe-Peter Lestin, Okerhang 8, 38179 Schwülper
Karl-Heinz Mühle, Harzblick 10, 38170 Schöppenstedt
Isolde Saalmann, Am Hohen Felde 7, 38104 Braunschweig
Rosemarie Tinus, Im Schwarzen Kamp 5, 31246 Lahstedt
Ingolf Viereck, Walkenriedstr. 3, 38442 Wolfsburg
Hans-Hermann Wendhausen, Sonnenweg 1, 38350 Helmstedt

Mitglieder des Landesvorstandes

Leyla Onur, Georg-Westermann-Allee 61, 38104 Braunschweig
stellv. Vors.
Ingolf Viereck, Walkenriedstr. 3, 38442 Wolfsburg - Beis.
Peter Kopischke, Steinbühlstr. 117, 38703 Seesen - Schatzmeister

Mitglieder des Parteirates

Gerhard Glogowski, Schloßstr. 8, 38100 Braunschweig
Ulrike Block-von Schwartz, Altwiekiring 64, 38102 Braunschweig
Dr. Marianne Horstkötter, Schloßstr. 8, 38100 Braunschweig

Geschäftsstellen im Bezirk Braunschweig

SPD-Bezirk, Schloßstr. 8/III, 38100 Braunschweig
Postfach 4261, 38032 Braunschweig

Fernruf 0531 - 48098-0, Fax 48098-50
e-mail: BR-Sekretariat@SPD.DE oder BR-Finanzen@SPD.DE

Internet-Adresse: <http://www.spd-braunschweig.de>
Bezirksvorsitzender: Gerhard Glogowski, Schloßstr. 8, 38100 Braunschweig
Geschäftsführer: Rolf-Dieter Backhauß, Finanzen: H.-Henning Schridde

SPD-Unterbezirk Braunschweig, Schloßstr. 8/III, 38100 Braunschweig
Fernruf: 0531- 48098-21, Fax: 48098-26

e-mail: Braunschweig.BR-UB@SPD.DE
Vorsitzende: Leyla Onur, Georg-Westermann-Allee 61,
38102 Braunschweig

SPD-Unterbezirk Gifhorn, Braunschweiger Str. 18, 38518 Gifhorn
Fernruf: 05371 - 3655, Fax: MdB-Büro 05371 - 1 52 61

e-mail: Gifhorn.BR-UB@SPD.DE
Vorsitzende: Marion Lau, Wunderbüttel Nr. 17, 29379 Wittingen

SPD-Unterbezirk Goslar, Spitalstr.1, 38640 Goslar
Fernruf: 05321 - 709-516, Fax: 05321 - 709-517

e-mail: Goslar.BR-UB@SPD.DE
Vorsitzende: Petra Emmerich-Kopatsch, Pulverweg 28 A, 38678
Clausthal-Zellerfeld

SPD-Unterbezirk Helmstedt, Schuhstr. 24, 38350 Helmstedt
Fernruf: 05351 - 599827, Fax: MdB-Büro 05351 - 4 28 96.

e-mail: Helmstedt.BR-UB@SPD.DE
Vorsitzender: Uwe Strümpel, Nordstr. 15, 38350 Helmstedt

Unterbezirk Osterode am Harz, Berliner Str. 3, 37520 Osterode
Fernruf: 05522-2676, Fax: 05522-315-714

e-mail: Osterode.BR-UB@SPD.DE
Vorsitzender Osterode: Dr. Wolfgang Domröse, von-Eichendorffstr. 23,
37539 Bad Grund

SPD-Unterbezirk Peine, Kleine Schützenstr. 4, 38224 Peine
Fernruf: 05171 - 12694, Fax: 05171 - 1 85 82

e-mail: Peine.BR-UB@SPD.DE
Vorsitzende: Eva Folta-Schlaugat, An der neuen Forst 15, 31226 Peine

SPD-Unterbezirk Salzgitter, An der Windmühle 2 B, 38226 Salzgitter
Fernruf: 05341 - 43082, Fax: MdB-Büro: 05341- 4 93 75
e-mail: Salzgitter.BR-UB@SPD.DE
Vorsitzender: Wolfgang Schneider, Vöppstedter Weg 10, 38259
Salzgitter

SPD-Unterbezirk Wolfenbüttel, Wullenweberstr. 1 a, 38300 Wolfenbüttel
Fernruf: 05331 - 46097, Fax: MdB-Büro 05331- 90 42 07
e-mail: Wolfenbuettel.BR-UB@SPD.DE
Vorsitzender: Karl-Heinz Mühe, Harzblick 10, 38170 Schöppenstedt

SPD-Unterbezirk Wolfsburg, Schillerstr. 6 - 8, 38440 Wolfsburg
Fernruf: 05361 - 15175, Fax: 05361 - 2 20 24
e-mail: Wolfsburg.BR-UB@SPD.DE
Vorsitzender: Ingolf Viereck, Walkenriedstr. 3, 38442 Wolfsburg